

Bundesversammlung

Assemblée fédérale

Assemblea federale

Assamblea federala



16.014 sn **Delegation bei der Parlamentarischen Versammlung der Frankophonie. Bericht**

Bericht der Delegation bei der Parlamentarischen Versammlung der Frankophonie vom 31. Dezember 2015

Die Delegation vertritt die Bundesversammlung bei der Parlamentarischen Versammlung der Frankophonie (*Assemblée parlementaire de la Francophonie*, APF) und nimmt in dieser Eigenschaft an den Sitzungen der APF und den Aktivitäten teil, welche im Rahmen der APF oder der Institutionen, denen sie angeschlossen ist, durchgeführt werden.

Gemäss Artikel 9 Absatz 2 der Verordnung der Bundesversammlung über die Pflege der internationalen Beziehungen des Parlamentes vom 28. September 2012 (VPiB; SR 171.117) unterbreitet sie den eidgenössischen Räten ihren Jahresbericht 2015.

Antrag der Delegation

Wir bitten Sie, vom Bericht Kenntnis zu nehmen.

Im Namen der Delegation
Der Präsident:

Christian Levrat

Inhalt des Berichtes

- 1 Einleitung
- 2 Tätigkeit des APF-Büros
- 3 Tätigkeiten der Kommissionen und Netzwerke der APF
- 4 41. Jahrestagung der APF vom 9. bis 10. Juli 2015 in Bern
- 5 Regionalversammlung Europa der APF
- 6 Erwägungen der Delegation
- 7 Reisekosten der Delegation



1 Einleitung

Die Parlamentarische Versammlung der Frankophonie (APF) ist eine interparlamentarische Organisation, in der 83 Sektionen (ständige parlamentarische Delegationen) aus nationalen und regionalen Parlamenten sowie Organisationen mit Französisch als gemeinsamer Sprache vertreten sind. Dabei ist zwischen Mitgliedersektionen, sogenannten assoziierten Sektionen und Sektionen mit Beobachterstatus zu unterscheiden.

Seit ihrer Gründung im Jahr 1967 versteht sich die APF, die damals noch "*Assemblée internationale des parlementaires de langue française*" hiess, als Spiegel und Zeuge der Vielvölkerkultur in der Frankophonie. Seit 1997 ist sie zudem das Konsultativorgan der Entscheidungsgremien der Frankophonie, d. h. der Konferenz der Staats- und Regierungschefs der Frankophonieländer (allgemein als "Frankophonie-Gipfel" bekannt) sowie der Ministerkonferenz und des Ständigen Rates der Frankophonie.

Die Schweizer Sektion vertritt die Bundesversammlung in der APF und ist seit dem 6. Oktober 1989 deren Mitglied. Daneben sind kantonale Sektionen in den verschiedenen Instanzen der APF vertreten: Die jurassische Sektion ist seit 1980 Vollmitglied der APF, die waadtländische Sektion seit 2013. Die Genfer und die Walliser Sektion wiederum sind assoziierte APF-Mitglieder.

Seit Anfang der Neunzigerjahre ist die APF stark gewachsen mit der Aufnahme von Parlamenten aus Ländern, die sich nach dem Zerfall der UdSSR in einem Demokratisierungsprozess befinden. Diese Vitalität zeugt von der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Attraktivität, welche die APF weltweit auf die Parlamente der Glied- und Bundesstaaten ausübt, die die Verbundenheit mit der französischen Sprache vereint.

Ziel der APF ist jedoch nicht nur die Förderung der französischen Sprache. Die Organisation vereint Länder des Nordens und des Südens und bietet eine Plattform, in welcher der aktive Dialog gepflegt und über schwierige politische Situationen sowie über die in zahlreichen Ländern des frankophonen Raums laufenden Demokratisierungsprozesse diskutiert werden kann. Zudem nimmt die Versammlung Stellung zu grossen wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen.

Die Schweizer Sektion ihrerseits engagiert sich namentlich im Bereich der Kultur, der Bildung und der Gesundheit und hat den Schwerpunkt ihrer Arbeiten somit auf Themen gelegt, die für unser Land von Interesse sind. So setzt sie sich u. a. für die Förderung der Mehrsprachigkeit, die Berufsbildung, den Fernunterricht und die parlamentarische Kommunikation oder für die Bekämpfung von HIV bzw. Aids ein. Da die Schweiz mit Ständerat Didier Berberat die Kommission für Bildung, Kommunikation und Kultur (CECAC) – zu der im Übrigen auch das Parlamentarnetzwerk für die Bekämpfung von HIV/Aids gehört – präsidiert, kann die Bundesversammlung einen entscheidenden Beitrag zu den APF-Arbeiten in diesem Bereich leisten.

1.1 Tätigkeitsfelder und Funktionen der APF

Die APF ist das demokratische Bindeglied zwischen den Institutionen und den Völkern des französischsprachigen Raums. Sie bietet eine Plattform für Debatten, Vorschläge und den Informationsaustausch zu Themen, die für alle Mitglieder von Interesse sind; dazu gehören namentlich die Förderung und Wahrung der Demokratie, die Rechtsstaatlichkeit, die Achtung der Menschenrechte, die internationale Bedeutung der französischen Sprache und die kulturelle Vielfalt.



Die APF setzt sich mit den politischen Rechten und Freiheiten, der Arbeitsweise der Parlamente, Bildungs- bzw. Gesundheitsfragen, der dezentralen Zusammenarbeit oder den Schranken der Wissensverbreitung in französischsprachigen Ländern und der Stellung des Französischen in den internationalen Organisationen auseinander. Ausserdem engagiert sich die APF in den Bereichen der technischen Unterstützung der Parlamente und der Weiterentwicklung der Institutionen.

Die APF ist sowohl auf internationaler Ebene im gesamten französischsprachigen Raum als auch regional tätig. Der wichtigste internationale Anlass ist die Jahrestagung, die jeweils im Juli stattfindet. An dieser werden Traktanden behandelt, die zuvor in den vier Kommissionen und den beiden Netzwerken der APF debattiert worden sind. Dabei handelt es sich um folgende Gremien: Politische Kommission (CP); Kommission für Bildung, Kommunikation und Kultur (CECAC), zu der auch das Parlamentariernetzwerk für die Bekämpfung von HIV/Aids gehört; Kommission für parlamentarische Fragen (CAP); Kommission für Zusammenarbeit und Entwicklung (CCD) sowie das Parlamentarierinnen-Netzwerk. An den Jahrestagungen verabschiedet die APF Resolutionen zu politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Themen, die für die frankophone Gemeinschaft von Bedeutung sind. Zudem verabschiedet sie Stellungnahmen und Empfehlungen, insbesondere zuhänden der Staats- und Regierungschefipfel der frankophonen Länder.

Die APF-Mitglieder stammen aus der ganzen Welt und treffen sich auch zu Regionalversammlungen, von denen es folgende gibt: Afrika, Amerika, Europa und Asien-Pazifik. In diesen Regionalversammlungen sollen die APF-Ziele unter besonderer Berücksichtigung des regionalen Kontextes umgesetzt werden. Zudem sind diese Versammlungen eine Plattform für Vorschläge und Debatten; deren Schlussfolgerungen werden von den regionalen Sonderbeauftragten und vom parlamentarischen Generalsekretär an das Büro und die Plenarversammlung weitergeleitet. Die Versammlung der Region Europa, an welcher die Schweizer Delegation teilnimmt, findet jeweils Ende Jahr auf Einladung einer ihrer Sektionen statt. Die Tagung der Präsidentinnen und Präsidenten der Region Europa wird in der ersten Jahreshälfte durchgeführt und dient insbesondere der Vorbereitung der Regionalversammlung.

1.2 Zusammensetzung und Organisation der Schweizer Delegation

Die Delegation besteht aus drei Mitgliedern des Nationalrates und zwei Mitgliedern des Ständerates, sowie fünf Ersatzmitgliedern, wovon drei dem Nationalrat und zwei dem Ständerat angehören (VPiB Art. 6 Abs. 1 Bst. d, SR 171.117).

Im Berichtsjahr gehörten der Delegation neben ihrem Präsidenten, Nationalrat Fathi Derder (FDP, VD), folgende Mitglieder an:

- Ständerat Christian Levrat, (SP, FR), Vizepräsident der Delegation, Ersatzmitglied;
- Ständerat Didier Berberat, (SP, NE), ordentliches Mitglied;
- Nationalrätin Maria Bernasconi, (SP, GE), ordentliches Mitglied;
- Nationalrat André Bugnon, (SVP, VD), ordentliches Mitglied;
- Ständerat Raphaël Comte, (FDP, NE), Ersatzmitglied;
- Nationalrat Jean-Pierre Grin (SVP, VD), Ersatzmitglied;
- Nationalrat Jacques Neirynck, (CVP, VD), Ersatzmitglied;
- Ständerätin Anne Seydoux-Christe (CVP, JU), ordentliches Mitglied;
- Nationalrat Manuel Tornare, (SP, GE), Ersatzmitglied.

Die Sitze in den verschiedenen Kommissionen, Netzwerken und Gremien der APF waren 2015 wie folgt verteilt:



- Büro: Ständerat Berberat (als Präsident der Kommission für Bildung, Kommunikation und Kultur) und Ständerätin Seydoux-Christe;
- Kommission für parlamentarische Fragen (CAP): Nationalrat Derder und als dessen Ersatz Ständerat Comte;
- Kommission für Zusammenarbeit und Entwicklung (CCD): Nationalrat Bugnon und als dessen Ersatz Nationalrat Grin;
- Kommission für Bildung, Kommunikation und Kultur (CECAC): Ständerat Berberat, Präsident dieser Kommission, und als dessen Ersatz Nationalrat Neiryck;
- HIV/Aids-Netzwerk: Ständerat Berberat, der als Präsident der CECAC auch Präsident dieses Netzwerks ist, und Ständerat Levrat;
- Politische Kommission (CP): Ständerätin Seydoux-Christe und als deren Ersatz Nationalrat Tornare;
- Parlamentarierinnen-Netzwerk: Nationalrätin Bernasconi und als deren Ersatz Ständerätin Seydoux-Christe.

Die Schweizer Delegation trifft sich regelmässig in Bern, um sich auf die bevorstehenden Versammlungen der APF vorzubereiten und sich bei den zuständigen Vertreterinnen und Vertretern der Bundesverwaltung über die neusten Entwicklungen im frankophonen Raum zu informieren. Im Berichtsjahr trat die Delegation viermal zusammen, und zwar am:

- 4. Februar;
- 29. Mai;
- 18. September;
- 16. Dezember.

Das Jahr 2015 war für die Schweizer Delegation besonders arbeitsreich, da sie die 41. Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung der Frankophonie organisierte, die vom 9. bis 10. Juli 2015 im Parlament in Bern stattfand und an welcher 350 Parlamentarierinnen und Parlamentarier teilnahmen. Parallel zur Plenartagung der APF wurde vom 3. bis 11. Juli das 7. Treffen des frankophonen Jugendparlamentes (PFJ) abgehalten, an dem rund 60 Jugendliche aus 30 APF-Sektionen teilnahmen. Schliesslich wurde ebenfalls im Bundeshaus in Bern vom 6. bis 8. Juli 2015 die Generalversammlung der Vereinigung der Generalsekretäre der frankophonen Parlamente (ASGPF) abgehalten. Bei diesem Anlass erläuterte der Generalsekretär der schweizerischen Bundesversammlung, Philippe Schwab, seinen frankophonen Amtskolleginnen und -kollegen das parlamentarische System der Schweiz.

2 Tätigkeit des APF-Büros

Auf Einladung von Claude Bartolone, Präsident der französischen Nationalversammlung und der französischen Sektion der APF, fand die erste Sitzung des Büros im Jahr 2015 vom 25. bis zum 27. Januar in Clermont-Ferrand statt. Die Schweizer Delegation bei der APF wurde durch Ständerat Didier Berberat (als Präsident der CECAC), Ständerätin Anne Seydoux-Christe, ehemalige Delegationspräsidentin, sowie Nationalrat Fathi Derder, Delegationspräsident, vertreten.

Unter dem Vorsitz von Paul E. McIntyre (Kanada), nahmen etwa 30 Parlamentsmitglieder, darunter mehrere Präsidenten von französischsprachigen Parlamenten, an der Versammlung teil.

Schwerpunktmässig wurde an der Versammlung des Büros die politische Lage im frankophonen Raum analysiert. Der Präsident der Nationalversammlung der Demokratischen Republik Kongo, Aubin Minaku Ndjalamdjoko, diskutierte mit den anderen Mitgliedern des Büros über das umstrittene



Wahlgesetz, das in seinem Land diskutiert wird. Was Burkina Faso betrifft, beschlossen die Parlamentsmitglieder, die burkinische Sektion vorsorglich unter Beobachtung zu stellen sowie eine Mission zur Beobachtung des Übergangsnationalrates zu entsenden. Das Büro verabschiedete auch Erklärungen zur Zentralafrikanischen Republik und zur Arabischen Syrischen Republik.

Die Mitglieder des Büros hörten an der Versammlung Clément Duhaime an, den Administrator der Internationalen Organisation der Frankophonie (*Organisation internationale de la Francophonie*, OIF). Clément Duhaime präsentierte das neue Vierjahresprogramm der OIF und plädierte für eine Verstärkung der Synergien mit der APF. In seiner Ansprache vor den Mitgliedern des Büros hob er die Intensivierung der Beziehungen zwischen APF und OIF als Teil des neuen Strategierahmens der APF für die Jahre 2014–2018 hervor. So blickte er auf die gemeinsamen Aktivitäten der beiden Organisationen im Jahr 2014 zurück. Diese betrafen die Verstärkung der Kapazitäten der Parlamente, Massnahmen für die Parlamentarierinnen, das Jugendparlament, Seminare zum Thema Sicherheit sowie das Engagement für Personenrechte, die nachhaltige Entwicklung und die Wirtschaft. Er unterstrich, wie bedeutend es für eine Organisation ist, über einen Strategierahmen zu verfügen, der den Aufbau einer ergebnisbasierten Arbeitskultur ermöglicht.

Die Mitglieder des Büros besprachen auch die Umsetzung des Strategierahmens der APF (2014–2018). Die Einführung des neuen Programms "jeunes pousses" (Jungpflanzen) wurde angenommen: Dieses Programm, das sich an Parlamentsmitglieder unter 40 Jahren richtet, ermöglicht die Vernetzung junger französischsprachiger Parlamentsmitglieder, damit diese Informationen und *Good Practices* untereinander austauschen können.

Didier Berberat ging auf die Tätigkeitsberichte der von ihm präsierten CECAC und des Parlamentariernetzwerks für die Bekämpfung von HIV/Aids, Tuberkulose und Malaria ein.

Nach der Verabschiedung des Budgets und des Kooperationsprogramms für das Jahr 2015 erläuterten der parlamentarische Generalsekretär, die Kommissionspräsidenten, die Präsidentin des Parlamentarierinnen-Netzwerks sowie die regionalen Sonderbeauftragten ihre verschiedenen Tätigkeiten in der APF seit der letzten Versammlung des Büros im Juli 2014.

Fathi Derder informierte das Büro über den Stand der Vorbereitungen für die 41. Jahrestagung in Bern (9. bis 10. Juli 2015). Das Büro nahm den Vorschlag der Schweizer Sektion an, Erziehung und Bildung als Hauptthema der Generaldebatte vorzusehen.

An der zweiten Versammlung des Büros am 6. Juli 2015 in Bern hob der parlamentarische Generalsekretär, Pascal Terrasse (Frankreich), den Paradigmenwechsel bei der Finanzierung der APF-Programme durch die OIF hervor. Künftig weist die OIF der APF ein Globalbudget und nicht ein Budget pro Programm zu, damit die APF der OIF neue Vorschläge unterbreiten sowie den Nutzen und die Wirksamkeit der eingeführten Programme besser evaluieren kann.

In Bezug auf den neuen Strategierahmen wies er darauf hin, dass sich dieser in der Umsetzungsphase befindet. Er soll der APF ermöglichen, international sichtbarer zu werden, ihren Stellungnahmen mehr Gewicht zu verleihen, mehr Partnerschaften mit internationalen Organisationen einzugehen und die Programme zur Stärkung der parlamentarischen Demokratie in den Sektionen weiterzuführen. So profitierten 2014 die ivoirische und die malische Nationalversammlung von einem Unterstützungsplan der APF. Das Ziel war, die Kapazitäten der Parlamentsmitglieder mittels Seminaren und praktischen Workshops zu stärken. Aufgrund ihrer Evaluationstätigkeit im Rahmen des multilateralen Programms zur Weiterentwicklung französischsprachiger Parlamente verfasste die APF zudem je einen Bericht für das madagassische



und das malische Parlament. Die beiden Berichte zeigen die technischen Bedürfnisse der jeweiligen Nationalversammlung sowie die dringendst nötigen Massnahmen auf.

In seinem Bericht zur Jahresrechnung 2014 der APF gab der Rechnungsführer, Michel Wolter (Luxemburg), bekannt, dass das Budgetjahr 2014 mit einem Überschuss von 63 341 Euro abschliesst. Es ist das dritte Jahr in Folge, in dem die APF ein positives Ergebnis erzielt. Michel Wolter hob auch hervor, dass die APF die Kostenseite gut im Griff hat, denn statt der budgetierten 2 116 277 Euro wurden lediglich 1 976 721 Euro ausgegeben.

3 Tätigkeiten der Kommissionen und Netzwerke der APF

3.1 Tagungen des Parlamentarierinnen-Netzwerks

Das Parlamentarierinnen-Netzwerk der Frankophonie tagte vom 5. bis 7. Februar 2015 in Saint-Vincent (Italien) auf Einladung von Mario Viérin, Präsident des Regionalrates des Aostatals. An dieser Tagung, welche unter dem Vorsitz von Françoise Bertieaux (Sektion Belgien/französische Gemeinschaft/Wallonien-Brüssel) stand, waren folgende Sektionen vertreten: Kambodscha, Kamerun, Elfenbeinküste, Madagaskar, Mali, Marokko, Niger, Tschad, Togo, Seychellen, Ontario, Quebec, Belgien, Frankreich, Aostatal, Kanton Waadt sowie die Schweiz mit Nationalrätin Maria Bernasconi.

Thema des ersten Sitzungstags waren die auf internationaler Ebene getroffenen Massnahmen gegen die Frauendiskriminierung. 2015 war von entscheidender Bedeutung, da in diesem Jahr Bilanz über die Millenniumsentwicklungsziele (MDG) gezogen wurde und die neuen Schwerpunkte im Bereich der Nachhaltigen Entwicklungsziele (SDG) festgelegt wurden. Das Netzwerk sprach sich für eine neue spezifische Zielsetzung zur Gleichstellungsfrage aus.

Im Jahr 2015 wurde auch Bilanz gezogen über die Umsetzung der Erklärung und des Aktionsprogramms von Peking, welche 1995 an der Vierten Weltkonferenz für Frauenrechte verabschiedet worden waren. Auch zwanzig Jahre nach dieser Konferenz gibt es in zahlreichen Ländern nach wie vor Gesetze und Praktiken, die gegenüber Frauen diskriminierend sind. Jeder der 188 Unterzeichnerstaaten der Erklärung musste der Uno-Kommission für die Stellung der Frau, welche im März 2015 in New York tagte, einen Bericht vorlegen. Das Parlamentarierinnen-Netzwerk tat seine Absicht kund, sich an dieser Tagung vertreten zu lassen, dies gemäss der Resolution der Plenarversammlung der APF vom Juli 2014 in Ottawa.

Das Netzwerk setzt sich seit mehreren Jahren für die bessere Bekanntmachung der Uno-Konvention zur Beseitigung aller Formen der Diskriminierung gegen Frauen (Cedaw) ein, das die internationale Grundlage zu den Frauenrechten bildet, sowie für die Anwendung dieser Konvention in den verschiedenen Regionen der Frankophonie. Das Netzwerk führt zu diesem Thema Informations- und Sensibilisierungsseminare für Parlamentarierinnen der Frankophonie durch und präsentiert an seinen Tagungen jeweils einen Bericht über die Umsetzung der Cedaw und ihres Fakultativprotokolls innerhalb der Frankophonie. Darin werden die wichtigsten Fortschritte der einzelnen Länder im Bereich der Frauenrechte sowie die Haupthindernisse bei der Umsetzung des Gleichstellungsprinzips aufgeführt. An der Tagung in Saint-Vincent präsentierte Maryse Gaudreault (Quebec), zweite Vizepräsidentin des Netzwerks, den Bericht über die Umsetzung der Cedaw in der Frankophonie und denjenigen über die Umsetzung der Konvention von Istanbul über die Prävention und Bekämpfung der Gewalt an Frauen sowie der häuslichen Gewalt.



Die Teilnehmerinnen nahmen anschliessend Kenntnis vom Entwurf zum Bericht von Chantal Guittet (Frankreich) zum Thema "Frauen und Familie". Dabei wurde beschlossen, sich während mehrerer Sitzungen mit diesem Bericht zu befassen, sodass die darin angesprochenen Themen eingehend diskutiert werden können: Ehe, Scheidung, Abstammung und Erbfolge. Nach der Präsentation des Berichtes kam insbesondere die Polygamie zur Sprache, die in gewissen Teilen der Frankophonie noch gang und gäbe ist.

Die Mitglieder des Netzwerks diskutierten auch über die Gefahr, die von der in Nigeria wütenden Boko-Haram-Sekte ausgeht und die ganze Subregion in Mitleidenschaft zieht (Niger, Tschad, Kamerun). Die Parlamentarierinnen dieser Länder haben das Netzwerk vor allem auf die Risiken aufmerksam gemacht, welche die rückständige Ideologie dieser Sekte für die Frauenrechte mit sich bringt.

Anlässlich des Internationalen Tags gegen Genitalverstümmelung bei Frauen, der jeweils am 6. Februar stattfindet, erinnerten die Parlamentarierinnen in einer zweiten Erklärung an die Unmenschlichkeit dieser an Frauen und Mädchen vorgenommenen Eingriffe. Auch setzten sie sich dafür ein, dass nicht nur Gesetzgebungen und Übereinkommen verabschiedet werden, sondern auch regelmässig überprüft wird, ob die Rechtsnormen vor Ort befolgt und die zur Ausmerzungen dieser Praxis erforderlichen *Good Practices* breit angewendet werden.

An der zweiten Tagung des Parlamentarierinnen-Netzwerks, die am 7. Juli 2015 in Bern stattfand, fasste Françoise Bertieaux die Netzwerkaktivitäten der vorangehenden Monate (Februar bis Juli 2015) zusammen. Dabei brachte sie die Jahrestagung der Uno-Kommission für die Stellung der Frau vom 9. bis 12. März 2015 in New York zur Sprache, an der sie selbst sowie Maryse Gaudreault teilgenommen hatten. Bei dieser Gelegenheit nahmen sie an einer von der Internationalen Organisation der Frankophonie (OIF) veranstalteten Tagung teil, welche am Rande der Uno-Jahresversammlung stattfand und die Minister und Delegationsleiter der Mitgliedstaaten und Mitgliedregierungen der OIF versammelte. Diese Tagung verabschiedete eine Erklärung über die Förderung der wirtschaftlichen Autonomie der Frauen; darin wird das Engagement der Frankophonie für die vollumfängliche Umsetzung der Erklärung und des Aktionsprogramms von Peking (1995) bekräftigt.

An der Netzwerktagung in Bern wurden vier Berichtsentwürfe vorgestellt, welche folgenden Themen gewidmet waren:

- Primarschulzugang für Mädchen (präsentiert von Marie-Claude Morin, Kanada);
- Diskriminierungen in der Ehe (präsentiert von Chantal Guittet, Frankreich);
- vorzeitige Schulabgänge von Mädchen (präsentiert von Françoise Bertieaux, Belgien/französische Gemeinschaft/Wallonien-Brüssel);
- die Frauen und die Informations- und Kommunikationstechnologien (präsentiert von Mila-Bellé Telou, Togo).

Im Hinblick auf die Pariser Klimakonferenz vom 30. November bis 11. Dezember 2015 wies Rahel Steinbach vom Umweltprogramm der Vereinten Nationen (Unep) darauf hin, dass es sehr wichtig sei, die Genderfrage in die Politik, die Programme und Projekte zur Bekämpfung des Klimawandels einzubeziehen. Da nämlich die Frauen von Not und Armut in der Regel stärker betroffen seien als Männer, seien sie auch von den Folgen des Klimawandels direkter betroffen.

Wie Rahel Steinbach weiter ausführte, kommt Afrika die Anpassung an den Klimawandel auf jährlich 350 Milliarden Dollar zu stehen. Angesichts dieser grossen Herausforderung sei es äusserst wichtig, die wirtschaftliche Autonomie der Frauen herbeizuführen und Informationen über die ärmsten



Bevölkerungen zu sammeln, damit die Klimapolitiken und -programme auf bestmögliche Weise ausgestaltet werden können. Zurzeit könne aufgrund zahlreicher gesetzlicher und kultureller Schranken sowie der schwachen Mitsprache der Frauen in der Politik die Genderfrage nicht in diese Politiken und Programme einbezogen werden.

Nach den Ausführungen von Rahel Steinbach meldete sich Nationalrätin Maria Bernasconi zu Wort. Sie wies darauf hin, dass der historische Atomausstiegsentscheid der Schweiz vom März 2011 mit einer Frauenmehrheit in der Regierung gefasst worden war.

Die französische Sektion unterbreitete dem Netzwerk einen Entwurf zu einer Resolution über die Diskriminierung der Frau in der Ehe. In einer der Empfehlungen werden die Mitgliedstaaten und Mitgliederregierungen der Frankophonie aufgefordert, die Gleichstellung von Mann und Frau in ihren Verfassungen zu verankern und anschliessend die Gesetze und Vorschriften – auch in Bezug auf den Ehestatus – verfassungskonform auszugestalten. Diese Resolution fordert zudem die Mitgliedstaaten auf, Gesetze und Politiken gegen Kinder-, Früh- und Zwangsheiraten zu erlassen und durchzusetzen. In der anschliessenden Diskussion kam die Bedeutung zur Sprache, die in gewissen Ländern die Tradition und das Brauchtum für die Rechtsprechung haben.

Das Netzwerk verabschiedete zwei weitere Resolutionen: Die eine verurteilt die Gewalt an Frauen und Mädchen im Rahmen bewaffneter Konflikte; die andere fordert den Einbezug der Genderfrage in die Klimadebatten.

3.2 Tagungen der Politischen Kommission

Die Politische Kommission tagte auf Einladung der kambodschanischen APF-Sektion am 25. und 26. März 2015 in Siem Reap. An dieser Tagung nahmen über vierzig Vertreterinnen und Vertreter der vier Frankophonieregionen teil. Die Schweizer Delegation bei der APF war durch Ständerätin Anne Seydoux-Christe vertreten.

Die Kommission unter dem Vorsitz von André Drolet (Quebec) befasste sich mit den wichtigsten Kommissionsberichten über die politische Lage in der Frankophonie. Im Weiteren setzte die Kommission ihre Prüfung eines Regelwerks über die parlamentarische Demokratie sowie die Revision des Demokratieüberwachungsprozesses der APF fort.

Ständerätin Anne Seydoux-Christe gab einen Überblick über die Themen, welche die Schweiz beschäftigen: die Umsetzung der Masseneinwanderungs-Initiative, die wirtschaftliche Lage und der Terrorismus. Sie hielt fest, dass die Schweizer Bevölkerung in Migrationsfragen vollständig autonom bleiben möchte, ohne dabei ihre bilateralen Beziehungen zu der Europäischen Union (EU) infrage stellen zu wollen. Zur Wirtschaftslage wies Ständerätin Seydoux-Christe darauf hin, dass der starke Wertanstieg des Schweizerfrankens zu Problemen für die Exportunternehmen und den Tourismus geführt habe. Zur Sicherheitspolitik hielt sie fest, dass in der Schweiz ein Gesetz gegen Terrororganisationen anstehe. Schliesslich informierte sie ihre Kolleginnen und Kollegen über die eidgenössischen Wahlen vom Oktober 2015.

An dieser Tagung prüfte die Kommission zwei Berichtsentwürfe. Bei einem Berichtsentwurf ging es um die digitale Strategie in der Frankophonie (von Michel Rivard, Kanada), beim andern um den Zugang zur Justiz im frankophonen Raum und die Rolle der Parlamente; dieser wurde an der Jahrestagung in Bern von André Drolet (Quebec) präsentiert.



Weiter befasste sich die Politische Kommission mit der – gemäss APF-Strategierahmen 2014–2018 ihr zustehenden – Ausarbeitung eines Regelwerks über die parlamentarische Demokratie. Die Abgeordneten prüften den ersten Teil dieses Dokuments, in welchem es um das Engagement der APF-Sektionen in Sachen Demokratie, Menschenrechte und Parlamentarismus geht. Bei der Eröffnung der Debatte machte Ständerätin Seydoux-Christe ihre Vorbehalte gegenüber dem Entwurf geltend: Dieser habe keinen echten Mehrwert, sondern nehme lediglich die bereits existierenden Grundsätze aus anderen Erklärungen auf, hauptsächlich jenem von Bamako. Sie bedauerte, dass der vorgelegte Entwurf nicht näher auf die Frage der Unterstützung durch die APF von Parlamenten eingeht, die in einer Krise, auf dem Weg aus einer Krise oder im Übergangsprozess sind.

Nach einer lebhaften Diskussion über den Entwurf zu diesem Regelwerk über die parlamentarische Demokratie nahm die Kommission Kenntnis vom Bericht über die politische Lage im Frankophonieraum, der von Célestine Ba Oguewa (Gabun) präsentiert wurde. So wie das Büro im Januar in Clermont-Ferrand forderte auch die Kommission, dass die Sektionen Zentralafrikas und Syriens suspendiert bleiben und dass die Sektion von Burkina Faso vorsorglich unter Beobachtung gestellt wird. Dieser Beschluss geht zurück auf den Volksaufstand von Ende Oktober 2014 gegen eine Verfassungsrevision, mit welcher Präsident Blaise Campaoré ermächtigt wurde, sich für eine fünfte Amtsperiode zur Verfügung zu stellen. Der Volksaufstand wiederum führte zur Schaffung eines Übergangsnationalrates. Zwei Vertreter dieses Rates wurden an der Tagung in Seam Reap angehört.

Die Abgeordneten verabschiedeten schliesslich eine Erklärung zum internationalen Terrorismus, mit welcher die Mitgliedstaaten und Mitgliederregierungen der Frankophonie aufgerufen werden, eine gesetzliche Handhabe zu schaffen für die wirksame Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung, die Terrorismusrekrutierung und die Terrorismuspropaganda.

Die Politische Kommission der APF, präsiert von Jacques Legendre (Frankreich) als Nachfolger von Michèle André (Frankreich), tagte am 8. Juli 2015 erneut in Bern, wo sie eingehend über die politische Lage im Frankophonieraum debattierte. Die Suspendierungen der Sektion der Arabischen Republik Syrien (seit 2011)¹ und jener der Zentralafrikanischen Republik (seit 2013)² wurden beibehalten.

Die Politische Kommission hat zudem eine Resolution zur Lage in der Arabischen Republik Syrien verabschiedet. Diese hält fest, dass der Konflikt in Syrien eine Bedrohung für den Frieden und die internationale Sicherheit darstellt, und sie verurteilt aufs Schärfste die von den syrischen Behörden und den Terrorgruppen in Syrien begangenen Verletzungen der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts. Zudem werden die Mitgliedstaaten der Frankophonie aufgefordert, die diplomatischen Schritte zu unterstützen und aktiv zur Bewältigung der Krise in Syrien beizutragen, indem beispielsweise gegen das Regime und die Terrororganisationen strenge Sanktionen verhängt werden.

¹ Die Suspendierung der syrischen Sektion wurde 2011 an der Tagung in Kinshasa beschlossen, dies gestützt auf Artikel 4.1 der Geschäftsordnung der APF, wonach jede Mitgliedersektion die Werte der Frankophonie, wie sie in der Frankophonie-Charta sowie in den Erklärungen der Ministertreffen und -konferenzen umschrieben sind, hochzuhalten hat. An den Tagungen des APF-Büros (Clermont-Ferrand, Januar 2015) und der Politischen Kommission (Siem Reap, März 2015) wurde eine Erklärung verabschiedet, welche die Suspendierung der syrischen Sektion bekräftigt.

² Der Zusammenbruch der verfassungsmässigen Ordnung nach dem Staatsstreich vom März 2013 veranlasste die APF, die zentralafrikanische Sektion gestützt auf Artikel 5.6 der APF-Geschäftsordnung zu suspendieren. Diese Suspendierung wurde 2013 an der Tagung in Abidjan bestätigt.



In Zentralafrika ist die Sicherheitslage zwar nach wie vor sehr prekär, doch hat die Übergangsregierung unter kongolesischer Vermittlung einen Friedens- und Aussöhnungsprozess mit den bewaffneten Milizen, den politischen Akteuren und der Zivilgesellschaft in die Wege geleitet. Dieses von den Milizen unterzeichnete Abkommen zur Einstellung der Feindseligkeiten ist zwar nach wie vor schwierig durchzusetzen, doch hat es immerhin dazu geführt, dass Anfang Mai 2015 in Bangui unter Mitwirkung sämtlicher Krisenbeteiligten ein grosses Forum der nationalen Aussöhnung veranstaltet wurde mit dem Ziel, noch vor Ende 2015 Präsidentschafts- und Parlamentswahlen durchzuführen. Die Politische Kommission zeigte sich in ihrer Berner Resolution besorgt über die Lage in diesem Land, die aufgrund der anhaltenden Vergeltungsaktionen unter den bewaffneten Gruppen und der Gewaltanwendung gegen die Zivilbevölkerung nach wie vor äusserst prekär ist. Sie hat deshalb die Übergangsbehörden ersucht, sich weiterhin für Reformen einzusetzen, welche für einen reibungslosen Übergangsprozess nötig sind und so den Weg zu einer neuen Verfassung und zu freien, rechtmässigen und transparenten Präsidentschafts- und Parlamentswahlen ebnen.

Das Augenmerk der Politischen Kommission galt auch weiteren Sektionen, die von der APF unter Beobachtung gestellt worden sind, nämlich Guinea-Conakry, Madagaskar und Mali. Vorsorglich unter Beobachtung stehen auch die Sektionen von Burkina Faso und Burundi.

In Guinea-Conakry führten die Präsidentschaftswahlen vom 11. Oktober 2015 zu zahlreichen Spannungen mit den Oppositionskreisen. Zudem verlängerte Präsident Condé im Juni 2015 aufgrund der anhaltenden Ebola-Epidemie den Gesundheitsnotstand, während im Westen und Süden des Landes bereits gewaltsame Proteste gegen die Ebola-Massnahmen ausgebrochen waren.

In Madagaskar waren die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen von Ende 2013 ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Überwindung der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Krise, von der das Land seit 2009 beherrscht wird. Die Rückkehr zur "Normalität" ging allerdings nicht reibungslos vonstatten: Am 26. Mai 2015 forderten zwei Drittel der madagassischen Nationalversammlung die Amtsenthebung des Präsidenten; ihm wurde vorgeworfen, politisch isoliert zu sein, die Verfassung verletzt zu haben und regierungsunfähig zu sein. Das Verfassungsgericht erachtete in seinem Urteil vom 13. Juni 2015 dieses Gesuch um Amtsenthebung als unbegründet und wies sämtliche Vorwürfe zurück. Trotz dieser institutionellen Krise pries der madagassische Präsident weiterhin den Dialog mit der Nationalversammlung. Die APF hat 2014 für die Nationalversammlung Madagaskars ein multilaterales parlamentarisches Zusammenarbeitsprogramm in die Wege geleitet, das 2016 weitergeführt werden soll.

In Mali ermöglichten der Militäreinsatz gegen die Dschihadisten im Norden des Landes und die Durchführung von Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in der zweiten Jahreshälfte 2013, schrittweise zur politischen Stabilität zurückzufinden. Das von den Konfliktparteien am 15. Mai 2015 unterzeichnete Friedens- und Aussöhnungsabkommen Malis wurde allerdings erheblich geschwächt durch die Anschläge der Dschihadisten im Norden und im Zentrum des Landes, so derjenige im Hotel Blu Radisson in Bamako, der rund 20 Tote forderte.

Die Kommission setzte sich eingehend mit der derzeitigen politischen Lage in Burundi auseinander. Schliesslich wurde beschlossen, dieses Land unter Beobachtung der APF zu stellen. Zudem wurde eine Resolution verabschiedet, in welcher die Sektionen ihre Besorgnis darüber ausdrücken, dass seit der Ankündigung vom 25. April 2015 des Präsidenten Pierre Nkurunziza, sich für eine dritte Amtsperiode zur Wahl zu stellen, die Spannungen im Land gestiegen und die politischen Gewaltakte zugenommen haben. Die gewaltsame Niederschlagung der Protestkundgebungen gegen diese



Kandidatur forderte zahlreiche Todesopfer. Ausserdem werden die Menschenrechte und Grundfreiheiten gravierend verletzt. Zahlreiche Burundier wurden ins Exil verbannt und die Journalisten privater Medien werden an der freien Ausübung ihres Berufes gehindert. Die APF setzt sich sehr dafür ein, dass der amtierende Präsident und die Opposition zum Dialog finden: So entsandte die OIF Anfang Juni 2015 eine Mission nach Burundi, die von alt Bundesrat Pascal Couchepin – in seiner Eigenschaft als Sonderbeauftragter der OIF für die Region der Grossen Seen – angeführt wurde. Diese Mission traf sich mit sämtlichen Parteien, der Opposition und den Behörden, namentlich mit dem Präsidenten Nkurunziza.

Angesichts der zahlreichen Wahlen, die 2016 in den Frankophonieländern anstehen, hat die Kommission eine Resolution verabschiedet, in der die Staats- und Regierungschefs der Frankophonieländer zur strikten Einhaltung der Wahltermine, Wahrung der Grundfreiheiten und Befolgung der Verfassungsbestimmungen ihrer Länder aufgerufen werden. Die Resolution verurteilt jedwede heimliche Manipulation des Verfassungs- und Wahlrechts und fordert die Staats- und Regierungschefs ausdrücklich auf, nach verfassungsmässig abgelaufener Amtszeit den Souverän frei wählen zu lassen.

Aufgrund der jüngsten Terroranschläge innerhalb der Frankophonieländer (Kanada, Kamerun, Frankreich, Ägypten, Mali, Niger, Syrien, Tschad und Tunesien) stand das Thema des internationalen Terrorismus bei den Diskussionen der Politischen Kommission in Bern im Vordergrund. Sie verabschiedete eine Resolution, welche den Terrorismus jeglicher Art verurteilt und daran erinnert, dass die gesetzlichen Massnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus die Rechte und Freiheiten der Bevölkerung schützen und jegliche Form der Rechtfertigung und Verherrlichung von Terrorakten unterbinden müssen.

3.3 Tagungen der Kommission für parlamentarische Fragen

Die Kommission für parlamentarische Fragen tagte vom 15. bis 17. April 2015 in Antananarivo auf Einladung der APF-Sektion Madagaskar. Daran nahmen rund 30 Abgeordnete aus etwa 15 Parlamenten der Frankophonieländer teil, darunter der Präsident der Schweizer Sektion, Nationalrat Fathi Derder.

Die Kommission unter dem Vorsitz von Robert Aubin (Kanada) prüfte zunächst die Berichte ihrer Mitglieder.

Nationalrat Fathi Derder präsentierte die letzte Version seines Berichtes über die Bekanntmachung parlamentarischer Aktualitäten im Frankophonieraum. Dieser befasst sich mit der Rolle, die TV5 Monde in diesem Zusammenhang spielt, sowie mit den parlamentsinternen Kommunikationsmitteln (Fernsehen und Internet). Vorgängig war sämtlichen APF-Sektionen ein Fragenkatalog zu den Kommunikationsmitteln ihrer Parlamente zugestellt worden. Wie Nationalrat Derder in seinem Bericht festhält, sind die meisten Sektionen, welche die Fragen beantwortet haben, der Meinung, dass in TV5 Monde die parlamentarischen Debatten in den Frankophonieländer, einschliesslich jene der APF, zu wenig zur Sprache kommen. Die Sektionen würden deshalb einen Ausbau der Beziehungen zwischen TV5 Monde und der APF begrüssen. Möglichkeiten einer solchen Annäherung wären laut Nationalrat Derder wöchentliche Interviews, Kurzreportagen über die Tätigkeiten der APF in bereits bestehenden Sendungen von TV5 Monde oder über die sozialen Netzwerke.

Was die Kommunikationsmittel anbelangt, geht aus den Antworten der Sektionen hervor, dass es diesbezüglich zahlreiche Möglichkeiten und Erfahrungen gibt, sei es in Bezug auf die Übertragung



der Debatten oder auf die Information der Öffentlichkeit über die parlamentarischen Tätigkeiten. Zudem haben alle Parlamente der Sektionen, welche an der Umfrage teilnahmen, eine offizielle Internetseite, auf der die Ratsdebatten direkt oder als Videostreams übertragen werden. Die meisten nationalen Parlamente sind via Facebook- und Twitter-Accounts auf den sozialen Netzwerken präsent.

Nationalrat Derder wies darauf hin, dass sein Bericht und derjenige von Carole Poirier (Quebec) über die Annäherung zwischen Politik und Gesellschaft via Web 2.0 aufgrund ihrer ähnlichen Thematik zusammengeführt werden. Dieser gemeinsame Bericht über den Zugang zur parlamentarischen Information zwecks Annäherung zwischen Politik und Gesellschaft sollte zunächst vor der Kommission für Bildung, Kommunikation und Kultur (CECAC) in Libreville (19.–21. April 2015) präsentiert und darauf von der Plenarversammlung in Bern (9.–10. Juli 2015) genehmigt werden.

Die Kommission befasste sich auch mit dem Bericht über die Mittel der Parlamente, bei der Regierung Auskünfte einzuholen, sowie den Bericht über die politische Mitwirkung der Jugend und den Bericht über die nationalen Menschenrechtsinstitutionen (INDH).

Im Weiteren erklärte sich die Kommission grundsätzlich einverstanden, zusammen mit der CECAC eine Resolution zur Bekämpfung der Internetkriminalität vorzuschlagen. Zudem ermächtigte sie den parlamentarischen Generalsekretär der APF, eine Vereinbarung mit dem Internationalen Institut für Demokratie und Wahlhilfe (International IDEA) zu unterzeichnen, die danach von der Plenarversammlung in Bern (2015) genehmigt wurde.

An ihrer von der Französin Claudine Lepage (als Ersatz für den Kanadier Robert Audin) präsidierten Tagung vom 8. Juli 2015 in Bern nahm die Kommission für parlamentarische Fragen mehrere Berichtsentwürfe an und prüfte verschiedene Programme der parlamentarischen Zusammenarbeit in der APF.

Wie in Antananarivo an der ersten Kommissionstagung 2015 angekündigt, stellte Carole Portier (Quebec) den Entwurf zum gemeinsamen Bericht vor, der aus der Zusammenführung ihres Berichtes mit jenem von Nationalrat Derder entstanden war. Dieser Bericht gelangt zum Schluss, dass die frankophonen Parlamente das Potenzial der sozialen Netzwerke noch nicht optimal nutzen, obschon sich gezeigt hat, dass vor allem die Jugend mit den herkömmlichen Kommunikationsmitteln nur noch bedingt erreicht werden kann. Carole Poirier beabsichtigte, in der CECAC einen Entwurf zu einer Resolution einzureichen, mit der den frankophonen Parlamenten empfohlen wird, die sozialen Netzwerke vermehrt in ihre Kommunikationspolitik einzubeziehen.

Basierend auf einem Beschluss der Kommission für parlamentarische Fragen vom April 2015 in Antananarivo legte Jean Rousselle (Quebec) die Ergebnisse seiner Umfrage vor, die er bei den Mitgliedern des Jugendparlamentes der APF über Massnahmen zur Verbesserung der politischen Mitwirkung der Jugendlichen durchgeführt hatte. Anhand der eingegangenen Antworten zeigte er im Berichtsentwurf auf, woran es liegt, dass sich nicht mehr Jugendliche an den Wahlen und Abstimmungen beteiligen. Als wichtigste Gründe zu nennen sind:

- die mangelnde Verständigung zwischen Politik und Jugend;
- die mangelnde Information über Politik und mangelnde Staatskundekenntnisse;
- das mangelnde Vertrauen gewisser Politiker in die Jugend.

Ständerat Raphaël Comte wies darauf hin, dass in der Schweiz das Stimm- sowie das aktive und passive Wahlrecht ab dem 18. Altersjahr gelten. Ausschlaggebend in seinen Augen ist, dass die



Instrumente, welche den Jugendlichen ermöglichen, vermehrt in der Politik mitzuwirken, von den Jugendlichen selbst bereitgestellt werden. Als Beispiel führte er das Schweizer Projekt "Easy Vote" an, bei dem die Broschüren mit den wichtigsten Informationen über Wahlen und Abstimmungen von Jugendlichen selbst verfasst werden, damit sie für das junge Zielpublikum leichter zugänglich und verständlich sind.

Der Bericht kommt unter anderem zum Schluss, dass die Parlamente, indem sie einen Rechtsrahmen schaffen, der besser auf die Bedürfnisse der Jugend zugeschnitten ist, wesentlich dazu beitragen können, dass die junge Generation in die Politik einzieht. Vorstellbar wären Anpassungen des Wahlrechts, spezielle Jugendtribünen in den Parlamenten oder Lernprogramme, mit denen sich die jungen Bürgerinnen und Bürger das Rüstzeug für eine politische Laufbahn aneignen können.

Nachdem in Antananarivo die Schlussfolgerungen eines Kolloquiums präsentiert worden waren, das im April 2015 in der französischen Nationalversammlung zum Thema Kinder ohne Identität stattfand, stellte Laurence Dumont (Frankreich) einen Berichtsentwurf zu dieser Problematik vor. Gemäss den Angaben des Kinderhilfswerks der Vereinten Nationen (Unicef) gibt es derzeit weltweit 230 Millionen unter fünfjährige Kinder, die bei der Geburt nicht gemeldet worden sind. Davon leben 59 Prozent in Asien, 37 Prozent in Afrika (Subsahara-Region) und 4 Prozent in Europa (Roma und Papierlose). Verheerend wird diese fehlende Identität für diese Kinder im Erwachsenenalter, weil ihnen wegen ihrer rechtlichen Inexistenz die Grundrechte verwehrt sind. Gemäss Laurence Dumont kann die APF in dieser Angelegenheit eine wichtige Rolle spielen, indem sie hilft, den von der OIF verfassten Leitfaden zu den Bürgerrechten bekanntzumachen. Angesichts der Ungerechtigkeiten, die mit der fehlenden Identität einhergehen, hat die Unicef vor Kurzem ein auf zwei Jahre angelegtes Projekt in die Wege geleitet, das darauf abzielt, den Status von Kindern ohne Identität zu regularisieren.

Im Rahmen dieser Debatte wurde Jean-Philippe Walter, stellvertretender Datenschutz- und Öffentlichkeitsbeauftragter der Schweiz und Vizepräsident der frankophonen Vereinigung der Datenschutzbehörden (AFAPDP), angehört. Um die Parlamentarierinnen und Parlamentarier der APF für dieses Problem zu sensibilisieren, von dem weltweit jedes siebte Kind betroffen ist, nahm die Kommission für parlamentarische Fragen eine von der französischen Sektion eingereichte Resolution zum Thema Kinder ohne Identität an.

An der Tagung in Bern vom 8. Juli 2015 zog die Kommission für parlamentarische Fragen wie gewohnt Bilanz über die im Rahmen des Zusammenarbeitsprogramms der APF umgesetzten Massnahmen.

Dank dem APF-Programm Noria zur Modernisierung der Informationssysteme der frankophonen Parlamente erhielten die nationalen Parlamente der Elfenbeinküste, Malis, Madagaskars und der Demokratischen Republik Kongo finanzielle Unterstützung unter anderem für die Neugestaltung ihrer Websites, den Ausbau ihrer IT-Ausrüstung und die Installation elektronischer Anzeigen in den Ratssälen. Unterstützung im Rahmen der Frankophonie-Förderung wurde den Seychellen und Moldawien gewährt: den Seychellen für den Aufbau eines Bibliothekbestands, für Französischkurse für Parlamentsmitglieder und Verwaltungsangestellte sowie für die Übersetzung der Parlamentswebsite ins Französische; Moldawien für Französischkurse und für die Übersetzung der Parlamentswebsite ins Französische. Das Programm Noria unterstützt auch die APF-Mitgliedersektionen bei der Verbesserung ihrer Fachkenntnisse und ihres Know-hows im Bereich der neuen Technologien. So wurde in Senegal ein Seminar zum Thema "soziale Netzwerke" und in Kambodscha (in Zusammenarbeit mit der Nationalversammlung und dem Senat) ein Seminar zum



Thema "Informations- und Kommunikationstechnologien im Dienste der parlamentarischen Transparenz" durchgeführt.

Madagaskar konnte vom multilateralen parlamentarischen Zusammenarbeitsprogramm profitieren, das für Parlamente jener Länder bestimmt ist, die auf dem Weg aus einer Krise oder im Übergang zur Demokratie sind. Um die Lage vor Ort zu beurteilen, unterhielt sich eine Delegation der APF am 17. und 18. November 2014 in Antananarivo mit madagassischen Verwaltungsangestellten und Parlamentsmitgliedern. Darauf verfasste sie zuhanden der Kommission einen Bericht über die technischen Bedürfnisse des madagassischen Parlamentes. Diesem Bericht zufolge funktioniert die Nationalversammlung zwar normal, doch steht sie nach wie vor auf schwachen Füßen. So besteht ein Weiterbildungsbedarf bei den Parlamentsmitgliedern und fehlt es dem madagassischen Parlament an logistischen, administrativen, personellen und finanziellen Mitteln, was auch darauf zurückzuführen ist, dass es nicht über ein eigenes Budget verfügt. 2015 wurden verschiedene Projekte zur Stärkung des madagassischen Parlamentes realisiert. In diesem Zusammenhang wurden Seminare durchgeführt, Zertifikatskurse erteilt und Praktika für Verwaltungsangestellte angeboten.

Die Nationalversammlung von Mali kam ebenfalls in den Genuss des multilateralen parlamentarischen Zusammenarbeitsprogramms. Zu diesem Zweck weilte eine Delegation der APF am 10. und 11. Dezember 2014 in Bamako, um mit Parlamentsmitgliedern und Verwaltungsvertretern die technischen Bedürfnisse des malischen Parlamentes abzuklären. Diese Evaluation bildete Gegenstand eines Berichtes über die Bedürfnisse und Prioritäten der malischen Nationalversammlung. Sie zeigt auf, welche Schritte dringend unternommen werden müssen, und sie dient dem malischen Parlament dazu, seine Ressourcen zu mobilisieren und seine Zusammenarbeit mit seinen Partnern zu planen. Dieses Programm wurde allerdings am 20. November 2015 vom Terroranschlag im Hotel Radisson Blu in Bamako überschattet, bei dem ein Mitarbeiter des Parlamentes der Föderation Wallonien-Brüssel ums Leben kam. Er war nach Bamako gekommen, um für seine malischen Kolleginnen und Kollegen ein Seminar über die Verwaltung und Organisation der Parlamentsarbeit abzuhalten.

Zu diesen multilateralen Programmen der APF kommt die multilaterale Initiative für die interparlamentarische Zusammenarbeit im frankophonen Raum (IMCIF), welche 2012 von der APF lanciert wurde, um die Zusammenarbeitsbemühungen der frankophonen Parlamente zugunsten der Länder zu koordinieren, die im Demokratisierungsprozess oder auf dem Weg aus einer Krise sind. Über die IMCIF läuft seit Beginn ein Pilotprojekt an der Elfenbeinküste, wo mit konkreten Massnahmen die Kapazitäten der Nationalversammlung in Rekordzeit verstärkt werden konnten.

Neben der Resolution über die Kinder ohne Identität verabschiedete die Kommission für parlamentarische Fragen in Bern auch eine Resolution über die parlamentarischen Mittel zur Kontrolle der Regierungstätigkeit. Die Resolution erinnert daran, dass die Interpellation als Mittel zur Analyse, Nachverfolgung und Kontrolle der Tätigkeit der Regierung und ihrer Institutionen und somit als parlamentarische Kontrolle zu verstehen ist. Diese Resolution fordert im gleichen Zuge die frankophonen Parlamente auf, die parlamentarische Obergewalt über die Regierungen zu verstärken.

3.4 Parlamentariernetzwerk für die Bekämpfung von HIV/Aids, Tuberkulose und Malaria

An dieser Tagung vom 21. bis 23. Juni 2015 im Plenarsaal der Nationalversammlung von Tschad nahmen über 70 vorwiegend afrikanische Parlamentarierinnen und Parlamentarier teil. Die



Sicherheitslage war gespannt, da die tschadische Hauptstadt eine Woche zuvor, am 15. Juni 2015, von zwei Selbstmordattentaten heimgesucht worden war, die der Polizeizentrale und der Polizeischule gegolten und zahlreiche Todesopfer gefordert hatten. Die Schweizer Sektion war mit Ständerat Christian Levrat vertreten sowie mit Ständerat Didier Berberat, der als Präsident der CECAC die Tätigkeiten des APF-Parlamentariernetzwerks für die Bekämpfung von HIV/Aids, Tuberkulose und Malaria leitet. Die anwesenden Parlamentarierinnen und Parlamentarier berichteten über die Politik zur Bekämpfung dieser Krankheiten in ihren Ländern.

Ständerat Levrat präsentierte den Entwurf zu einem Bericht über die Einhaltung der Menschenrechte bei der Bekämpfung von HIV/Aids in der Frankophonie. Er wies darauf hin, dass bei der Aidsbekämpfung zwar weltweit bedeutende Fortschritte erzielt worden sind, dies hauptsächlich dank der Schaffung des Globalen Fonds zur Bekämpfung von HIV/Aids im Jahr 2002 und den beachtlichen wissenschaftlichen Fortschritten auf diesem Gebiet, doch sei das Ziel der internationalen Gemeinschaft, HIV/Aids bis 2030 auszumerzen, ernsthaft gefährdet, weil gewisse Bevölkerungsgruppen stigmatisiert würden, wodurch diese den Einrichtungen zur Früherkennung und Behandlung dieser Krankheit fernblieben. Zu diesen Gruppen gehören namentlich Häftlinge, Migrantinnen und Migranten, Männer mit gleichgeschlechtlichen Beziehungen, Transsexuelle, Frauen und Mädchen, Jugendliche, Behinderte, Sexdienstleistende und ihre Kundschaft, Fixer und Fixerinnen, autochthone Minderheiten sowie Vertriebene.

Ständerat Levrat sagte, diese Gruppen bei den Anti-Aids-Kampagnen durch die Maschen fallen zu lassen, hiesse, jahrzehntelange Präventionsarbeit und medizinische Forschung zu vereiteln und die Chancen, dass HIV/Aids eines Tages ausgeremert werden kann, erheblich zu verringern. Sollen die Programme zur Bekämpfung von HIV/Aids wirksamer werden, müssen sie in seinen Augen auch gegen die sozialen und strukturellen Hindernisse gerichtet sein, welche diese Randgruppen von den Einrichtungen zur Früherkennung, Prävention und Behandlung von HIV/Aids fernhalten. Die Überwindung von Aids setze folglich ein totales Engagement für die Menschenrechte gemäss der "Null-Diskriminierung-Strategie" des Unaid-Programms voraus.

Nach der Präsentation der Statistiken zur Bekämpfung von HIV/Aids vor allem in den afrikanischen Frankophonieländern und der entsprechenden Schlussfolgerungen von Unaid verabschiedete das Netzwerk den von Christian Levrat vorgelegten Entwurf zu einer Resolution, mit der die frankophonen Länder aufgerufen werden, Programme zur Bekämpfung von HIV/Aids auszuarbeiten, die auf den Menschenrechten aufbauen und insbesondere Mädchen und junge Frauen, Häftlinge, Migrantinnen und Migranten, Drogenabhängige, Sexdienstleistende, Homosexuelle und andere Männer mit gleichgeschlechtlichen Beziehungen einbeziehen. Dieser Text wurde anschliessend der CECAC zur Beratung an der Sitzung vom 8. Juni 2015 in Bern (vgl. Kap. 3.5) weitergeleitet.

Anschliessend präsentierten verschiedene Mitglieder des Nationalen Ausschusses zur Bekämpfung von HIV/Aids und des Gesundheitsministeriums von Tschad die politischen Massnahmen, die auf diesem Gebiet in Tschad ergriffen werden. Fortschritte seien vor allem bei der Reduzierung der Anzahl Fälle von HIV-Übertragungen von der Mutter auf das Kind gemacht worden.

Das Netzwerk hörte zudem Vertreter von Unaid, der Weltgesundheitsorganisation (WHO), des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP), der Partnerschaft "Roll Back Malaria" und des Globalen Fonds zur Bekämpfung von HIV/Aids an.



3.5 Tagungen der Kommission für Bildung, Kommunikation und Kultur

Die von Ständerat Didier Berberat präsidierte Kommission für Bildung, Kommunikation und Kultur (CECAC) tagte auf Einladung der APF-Sektion Gabun vom 19. bis 21. April 2015 in Libreville. Versammelt waren rund 50 Parlamentsmitglieder aus Afrika, Europa und Amerika. Ebenfalls teilgenommen hat Ständerat Christian Levrat als Schweizer Vertreter im Parlamentariernetzwerk für die Bekämpfung von HIV/Aids, Tuberkulose und Malaria.

Carole Poirier (Quebec), die Verantwortliche der APF für die Kontrolle über die Umsetzung des Übereinkommens zum Schutz und zur Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (Unesco), zog Bilanz über die Ratifizierung des Übereinkommens durch die Mitgliedstaaten der APF. Zudem berichtete sie über den Stand der Konsultationen der Vereinten Nationen über den Einbezug der Kultur in die Entwicklungsagenda nach 2015.

Ein weiterer Diskussionspunkt war die Bildungsvermarktung, welche Gegenstand eines von Marie-Annick Duchêne (Frankreich) präsentierten Berichtsentwurfes war. Dieser basiert auf einer Umfrage bei den Sektionen der APF und gibt einen Überblick über das private Bildungsangebot in den Frankophonieländern und gewisse Herausforderungen in diesem Bereich. In der anschliessenden Diskussion wurde die Berichterstatterin aufgefordert, ihre Studie über die Bildungsvermarktung weiterzuführen und dabei auch die Hochschulebene einzubeziehen. Der ergänzte Bericht soll im Verlauf von 2016 vorliegen.

Auf Antrag von Ständerat Levrat beauftragte die Kommission das ihr zugehörige Parlamentariernetzwerk für die Bekämpfung von HIV/Aids, Tuberkulose und Malaria, einen Berichtsentwurf und eine Resolution über die Förderung der Menschenrechte von Risikogruppen³ im Rahmen der Bekämpfung von HIV/Aids vorzulegen.

Die CECAC hat zwei Erklärungen verabschiedet: Die eine verurteilt die Zerstörung von Kulturdenkmälern in Syrien und im Irak, die andere den am 8. April 2015 verübten Cyberangriff auf TV5 Monde. Die Kommission fordert darin die internationale Gemeinschaft auf, die Terrorismusbekämpfung voranzutreiben.

Die Kommission hörte zudem Carole Poirier (Quebec) an, die ihren Bericht über den Zugang zur parlamentarischen Information zwecks Annäherung zwischen Politik und Gesellschaft präsentierte. Wie bereits in Kapitel 3.3 erwähnt, ist dieser Bericht aus der Zusammenführung des Berichtsentwurfes von Carole Poirier (CECAC) und jenem von Nationalrat Fathi Derder (Kommission für parlamentarische Fragen) entstanden.

Ständerat Didier Berberat präsentierte im Namen der Schweizer Sektion den Bericht zum Thema digitale Frankophonie, in dem es um den Ausbau des Online-Angebots für höhere Bildung und den allgemeinen Zugang zu diesem Angebot geht. Hier ist anzumerken, dass dieses Thema nicht nur in der CECAC, sondern – ebenfalls auf Anregung der Schweizer Sektion – auch an der Plenarversammlung vom 10. Juli 2015 in Bern behandelt wurde (vgl. Kap. 4.2).

³ Zu diesen Gruppen gehören namentlich Häftlinge, Migrantinnen und Migranten, Männer mit gleichgeschlechtlichen Beziehungen, Transsexuelle, Frauen und Mädchen, Jugendliche, Behinderte, Sexdienstleistende und ihre Kundschaft, Fixer und Fixerinnen, autochthone Minderheiten sowie Vertriebene.



An ihrer zweiten Tagung von 2015, am 8. Juli in Bern, befasste sich die CECAC erneut mit dem ursprünglich von Ständerat Levrat vorgeschlagenen Text über den universellen Zugang zu den Einrichtungen zur Prävention und Behandlung von HIV/Aids. Diesen Text hatte zuvor das Parlamentariernetzwerk für die Bekämpfung von HIV/Aids, Tuberkulose und Malaria an seiner Sitzung vom 21. bis 23. Juni 2015 in N'Djamena angenommen. In Bern wurde dieser Text eingehend diskutiert und schliesslich in geänderter Fassung verabschiedet. So forderten verschiedene Mitglieder der Kommission, dass in der Schlussversion dieses Berichtes – im Gegensatz zur Terminologie und den Bestimmungen der internationalen Gemeinschaft – die Risikogruppen nicht benannt werden. Es gelte regionale politische Sensibilitäten zu berücksichtigen, vor allem, wenn es um die von den Behörden missbilligte Homosexualität gehe. Der Verfasser des Textes bedauerte diese Änderung, werde doch die Homosexualität noch allzu oft unter Strafe gestellt, was einer wirksamen Eindämmung der HIV/Aids-Epidemie entgegenlaufe.

Die Kommission hörte darauf Yves Bigot, den Generaldirektor von TV5 Monde, an. Er wies auf die Zusammenarbeit von TV5 Monde mit den verschiedenen Gremien der APF hin sowie auf die Arbeiten, die im Gange waren, um nach dem Cyberangriff vom 8. April 2015 das gesamte Leistungsangebot wieder gewährleisten zu können.

Schliesslich ist zu erwähnen, dass im Jahr 2014 das duale Berufsbildungssystem, hauptsächlich jenes der Schweiz, ausgiebig diskutiert worden war. Ständerat Berberat hatte in der CECAC einen Bericht zu diesem Thema vorgelegt, und die Plenarversammlung verabschiedete an der Jahrestagung vom Juli 2014 in Ottawa eine Resolution, welche die Länder des frankophonen Raums aufforderte, leistungsfähige Berufsbildungssysteme aufzubauen. Vor dem Hintergrund der Finanz- und Wirtschaftskrise interessierte die Sektionen der APF dieses System, da es sich, wie sich am Beispiel der Schweiz zeigt, als wirksames Mittel gegen die Jugendarbeitslosigkeit erwiesen hat. Aufgrund des grossen Interesses und der Aktualität dieser Thematik beschloss die Schweizer Sektion, die duale Berufsbildung als einen der Schwerpunkte der Plenarversammlung in Bern festzulegen. Das Thema wurde somit an der Generaldebatte vom 10. Juli 2015 neben dem Fernunterricht behandelt (vgl. Kap. 4.2).

3.6 Tagungen der Kommission für Zusammenarbeit und Entwicklung

Die Kommission für Zusammenarbeit und Entwicklung tagte vom 28. bis 29. April 2015 unter dem Vorsitz von Salibou Garba (Tschad) am Sitz der Uno-Wirtschaftskommission für Afrika in Addis-Abeba (Äthiopien). An dieser Tagung nahmen rund dreissig Parlamentarierinnen und Parlamentarier teil; die Schweizer Delegation war mit Nationalrat André Bugnon vertreten.

Cécile Léqué-Folchini, stellvertretende Beauftragte der OIF bei der in Addis-Abeba ansässigen Afrikanischen Union eröffnete die Tagung mit einer Präsentation der Aktivitäten der Frankophonie bei den internationalen Organisationen in Addis-Abeba.

Die Kommission befasste sich mit dem Bericht von Stéphane Demilly (Frankreich) über die internationalen Klimaverhandlungen und die damit einhergehenden Herausforderungen und Perspektiven im frankophonen Raum. Sie zog Bilanz über den Stand der Verhandlungen und die bis zur Klimakonferenz vom Dezember 2015 in Paris (COP 21) noch anstehenden Aufgaben. Zur Sprache gebracht wurden vor allem die in den Parlamenten der Tagungsteilnehmer verabschiedeten Gesetze zur Reduzierung der Umweltbelastungen und Treibhausgasemissionen.



Weitere Traktanden waren der von Ghislain Bolduc (Quebec) präsentierte Bericht über das agrarpolitische Instrumentarium in der Frankophonie und der von Youssef Gharbi (Marokko) präsentierte Bericht über die Beschäftigung der Jugendlichen im frankophonen Raum.

Ein Referat über die Entwicklungsfinanzierung von Giovanni Valensisi, Ökonom bei der Wirtschaftskommission für Afrika, gab Anlass für einen breiten Meinungsaustausch im Hinblick auf die UN-Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung vom Juli 2015 in Addis-Abeba.

Weiter befasste sich die Kommission mit dem Bericht über die Weiterführung der internationalen Handelsgespräche im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO). Die Mitglieder der Kommission bekräftigten ihr Engagement, den Frankophonieländern innerhalb der WTO eine Stimme zu verleihen.

Die Kommission beschloss in Addis-Abeba, ihre Arbeiten zu den beiden Themen "Beschäftigung der Jugendlichen" und "Migration im frankophonen Raum" fortzusetzen.

An der APF-Jahrestagung in Bern führte die Kommission am 8. Juli 2015 eine breite Diskussion über die internationalen Klimaverhandlungen, dies im Hinblick auf die 21. Konferenz der Vertragsparteien des Uno-Rahmenübereinkommens über Klimaänderungen (COP21) in Paris. Diesen Diskussionen folgte eine Resolution zum Klimawandel, welche die Mitgliederregierungen und -parlamente der Frankophonieländer auffordert, ihre Bürgerinnen und Bürger für die Auswirkungen des Klimawandels zu sensibilisieren und die zur Aktionsagenda der Klimakonferenz beitragenden Initiativen öffentlicher und privater Akteure sowie der Zivilgesellschaft zu unterstützen und zu stärken.

Die Kommission prüfte in Bern auch den Bericht über die Weiterführung der internationalen Handelsgespräche im Rahmen der Welthandelsorganisation und den Bericht zur Entwicklungsagenda nach 2015. In diesem Zusammenhang präsentierte der Schweizer Jacques Lauer, Berater des Generalsekretärs der APF, der Kommission den Beitrag der APF an die Finanzierung der nachhaltigen Entwicklung nach 2015.

Die Tagung in Bern gab den Mitgliedern der Kommission auch Gelegenheit zur Bekräftigung ihres Willens, den Dialog mit internationalen Organisationen wie der Weltbank, der WTO und dem Institut der Frankophonie für nachhaltige Entwicklung (IFDD) weiterzuführen. Zudem zeigten sie sich sehr interessiert an der Durchführung eines Parlamentarierseminars über die Transparenz der Förderindustrie in Afrika. Schliesslich beschlossen sie, ihre Diskussionen über die Landwirtschaftspolitik in den Frankophonieländern, über die Entwicklungsagenda nach 2015 (Möglichkeiten der Zusammenarbeit für ein integratives und nachhaltiges Wirtschaftswachstum in den Frankophonieländern) sowie über die internationale Migration weiterzuführen.

Im Bestreben, die Jugend aktiv in ihre Arbeiten einzubinden, hörte die Kommission Vertreterinnen und Vertreter der Kommission für Zusammenarbeit und Entwicklung des frankophonen Jugendparlamentes (PJF) an. Sie übernahm die vom PJF vorgeschlagene Resolution zur Beschäftigung der Jugend, welche danach von der APF-Plenarversammlung vom 9. und 10. Juli 2015 in Bern angenommen wurde. In dieser Resolution werden angesichts dessen, dass die zunehmende Jugendarbeitslosigkeit in den Frankophonieländern den sozialen Zusammenhalt gefährdet, die frankophonen Parlamente und Regierungen aufgerufen, die Bildung für Angehörige aller Gesellschaftsschichten zugänglich zu machen und auf feste Anstellungen von Jugendlichen hauptsächlich im Landwirtschaftsbereich hinzuwirken.



4 41. Jahrestagung der APF vom 9. bis 10. Juli 2015 in Bern

4.1 Feierliche Eröffnungssitzung und Ansprache der Generalsekretärin der OIF, Michaëlle Jean, vor der Versammlung – 9. Juli 2015

Die Eröffnung der 41. Jahrestagung der APF fand im Beisein von Michaëlle Jean, Generalsekretärin der Internationalen Organisation der Frankophonie (OIF), Stéphane Rossini, Nationalratspräsident, Claude Hêche, Ständeratspräsident, und Didier Burkhalter, Vorsteher des Eidgenössischen Departementes für auswärtige Angelegenheiten (EDA), statt.

In seiner Ansprache unterstrich Nationalratspräsident Stéphane Rossini den multikulturellen Charakter und die Mehrsprachigkeit der Schweiz sowie die direktdemokratischen Werte und Instrumente (Initiative und Referendum), die den Bürgerinnen und Bürgern ermöglichen, aktiv am politischen Leben teilzunehmen und den Rahmen des Zusammenlebens mitzugestalten. Er bezeichnete die Einbindung Jugendlicher in die politischen Prozesse der Schweiz als ein Hauptanliegen und eine Herausforderung, um den Fortbestand unserer Institutionen sicherzustellen. Vor dem Hintergrund, dass die Schweiz Depositärstaat der Genfer Konventionen ist und die europäische Menschenrechtskonvention ratifiziert hat, begrüsst er die Tatsache, dass die Schweizer Delegation bei der APF die Menschenrechte bei der Bekämpfung von Aids in den Vordergrund stellt.

Ständeratspräsident Claude Hêche würdigte die Arbeit der Schweizer Delegation bei der APF, die sich uneingeschränkt für die Allgemein-, Schul- und Berufsbildung in den Frankophonieländern einsetzt und die Werte der APF entschlossen vertritt. Um die identitätsstiftende Wirkung des Französischen und die Fähigkeit der modernen Schweiz zur Berücksichtigung der Bedürfnisse ihrer Minderheiten aufzuzeigen, nannte er als Beispiel seinen Heimatkanton Jura, den jüngsten Kanton der Eidgenossenschaft. Angesichts der menschlichen Dramen, die sich derzeit weltweit abspielen, beschrieb Claude Hêche die APF als Triebfeder für ein gemeinsames Engagement zur Förderung von Jugendbildung und Demokratie in den Regionen, wo der Staat und die Wirtschaft fragil sind.

Bundesrat Didier Burkhalter rief die APF in seiner Rede dazu auf, eine führende Rolle bei der Eröffnung von Perspektiven für Jugendliche zu spielen, dies namentlich über die Bildung, für die sich die Schweiz im Ausland stark einsetzt. Das Engagement der Schweiz setzt an zwei Punkten an: Einerseits bietet die Eidgenössische Technische Hochschule Lausanne (ETHL) insbesondere für afrikanische Studierende kostenlose Online-Studiengänge, sogenannte *Massive Open Online Courses*, auf Französisch an, und andererseits stellt die Schweiz ihre Erfahrung mit der dualen Berufsbildung (schulische und betriebliche Ausbildung, die den Jugendlichen einen raschen und erfolgreichen Einstieg in den Arbeitsmarkt ermöglicht) anderen Ländern zur Verfügung. Als Beispiel nannte Didier Burkhalter das Abkommen, das die Schweiz im November 2014 am Frankophoniegipfel in Dakar mit Senegal geschlossen hat, um dem Land ihre Erfahrung in diesem Bereich weiterzugeben. Er rief die frankophonen Staaten auch dazu auf, die Initiative für eine bessere Umsetzung des humanitären Völkerrechts zu unterstützen, welche die Schweiz und das IKRK an der Internationalen Konferenz des Roten Kreuzes und des Roten Halbmondes im Dezember 2015 in Genf ergriffen haben.

Michaëlle Jean brachte an der feierlichen Eröffnungssitzung der 41. Jahrestagung der APF ihre Unterstützung für eine umfassendere Zusammenarbeit zwischen OIF und APF zum Ausdruck. In ihren Augen kann damit eine Brücke zwischen der Frankophonie und ihren Völkern geschlagen werden. Sie äusserte ihre grosse Besorgnis über den zunehmenden Terrorismus – eine länderübergreifende Bedrohung, bei deren Bekämpfung die Parlamente eine wichtige Rolle spielen



müssen –, aber auch über die Gefährdung der Demokratie und der verfassungsmässigen Grundordnung. Die Generalsekretärin der OIF möchte ihre Stellung nutzen, um auf die Errichtung einer echten internationalen Demokratie hinzuarbeiten. Dazu trägt die APF dank der interparlamentarischen Zusammenarbeit ihrer 83 Sektionen bei. Angesichts der zahlreichen Herausforderungen, die das Jahr 2015 in den Bereichen menschliche Entwicklung, nachhaltige Entwicklung und Bekämpfung der Klimaerwärmung mit sich brachte, forderte Michaëlle Jean die Parlamentsmitglieder auf, sich zu mobilisieren und abzusprechen sowie Lobbying zu betreiben, um auf die Erwartungen und Bedürfnisse der am stärksten benachteiligten Bevölkerungsgruppen eingehen zu können. Ein weiteres Ziel ist, den Frauen in allen Gesellschaften den ihnen zustehenden Platz einzuräumen, denn gegenwärtig werden etwa 900 Millionen Frauen daran gehindert, zur Wirtschaftsleistung ihres Landes beizutragen. In diesem Zusammenhang begrüsst Michaëlle Jean das aktive Engagement und die Wachsamkeit des Parlamentarierinnen-Netzwerks der APF. Sie äusserte auch ihre Sorge um die 245 Millionen Jugendlichen, die im französischsprachigen Raum leben. Jedes Jahr versuchen 12 Millionen Jugendliche erfolglos, auf den Arbeitsmarkt zu gelangen. Zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit muss in den Augen der Generalsekretärin der OIF ein echter Marshallplan für die Bildung, Ausbildung und Beschäftigung Jugendlicher ausgearbeitet werden. Ihrer Ansicht nach muss die OIF einen vermehrten Austausch über *Good Practices* in der Berufs- und Allgemeinbildung sowie in anderen Bereichen pflegen. Die Aufgabe ist, das jeweilige Know-how in den Dienst gemeinsamer Strategien und Massnahmen zu stellen.

Nach der feierlichen Eröffnungssitzung nahm Michaëlle Jean auch an den Debatten der Plenarversammlung der APF teil. In diesem Rahmen sprach sie zum ersten Mal vor den Parlamentsmitgliedern der APF. Sie legte die Strategie der OIF in groben Zügen dar, bevor sie die Fragen der Versammlungsteilnehmenden beantwortete.

4.2 Generaldebatte zum Thema "Förderung des Zugangs zu einer qualitativ guten Ausbildung für alle: eine vorrangige Herausforderung für die Frankophonie" – 9. bis 10. Juli 2015

Die Generaldebatte ist ein Höhepunkt der APF-Versammlungen, denn sie bietet französischsprachigen Parlamentsmitgliedern Gelegenheit, sich über *Good Practices* zu informieren und auszutauschen sowie Stellung zu für den frankophonen Raum relevanten Querschnittsthemen zu nehmen. Die Schweizer Sektion hatte an der Versammlung des APF-Büros in Clermont-Ferrand (25. bis 27. Januar 2015) zur Belebung der Generaldebatte der 41. Jahrestagung der APF in Bern vorgeschlagen, das Thema "Förderung des Zugangs zu einer qualitativ guten Ausbildung für alle: eine vorrangige Herausforderung für die Frankophonie" zu behandeln und es unter dem Blickwinkel der Berufsbildung (Unterthema 1) und des E-Learnings (Unterthema 2) anzuschauen. An der APF-Jahrestagung in Ottawa (2014) hatte sie bereits eine Resolution über die Förderung der Berufsbildung zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit vorgelegt, die von der Versammlung verabschiedet wurde. In dieser Resolution ruft die APF die Staaten und Parlamente der Frankophonieländer dazu auf, den Informationsaustausch zur Berufsbildung zu fördern, mehr Ressourcen darin zu investieren und diesen Bereich mit verschiedenen Mitteln voranzubringen (gute Grundbildung, Unterzeichnung von Abkommen mit den Berufsorganisationen, Unterstützung für die Schulung der Lehrkräfte, gesetzliche Regelung der Berufslehren usw.).

Um an der Jahrestagung in Bern eine Weiterverfolgung im Sinne dieser Resolution zu gewährleisten, wünschte die Gastgebersektion die Eröffnung einer Debatte zwecks:

- Informationsaustausch zu *Good Practices* zwischen den verschiedenen Sektionen;
- Förderung und Weiterentwicklung der Berufsbildung;



- einer Bestandesaufnahme zur Berufsbildung im französischsprachigen Raum;
- Erarbeitung von Massnahmen, die von den Parlamentsmitgliedern der APF in diesem Sinne getroffen werden können.

Die Sektionen wurden also aufgefordert, präzise Antworten auf folgende Fragen in die Generaldebatte einzubringen: Welche Massnahmen wurden von ihrem Land beziehungsweise ihrer Regierung oder ihrem Parlament zur Förderung und Weiterentwicklung der Berufsbildung getroffen? Wie kann sich die Berufsbildung positiv auf die Jugendarbeitslosigkeit auswirken?

Zur Lancierung der Debatte lud die Schweizer Delegation eine Referentin und zwei Referenten ein, sich zu Erfahrungen und Projekten in Zusammenhang mit der Berufsbildung zu äussern. Die erste Rednerin, Célestine Bâ Oguewa, Abgeordnete der gabunischen Nationalversammlung und ehemalige Berufsbildungsministerin, erläuterte das Programm zur schweizerisch-gabunischen Zusammenarbeit in der Berufsbildung des Holzgewerbes. Diese Zusammenarbeit ist durch einen Rahmenvertrag zwischen dem Kanton Bern – genauer der Berner Fachhochschule für Architektur, Holz und Bau – und Gabun geregelt. Sie zog eine sehr positive Bilanz aus dieser Zusammenarbeit und berichtete von einem wachsenden Interesse der jungen Gabunerinnen und Gabuner für diese Branche.

Anschliessend äusserte sich Didier Berberat, Ständerat und Präsident der Kommission für Bildung, Kommunikation und Kultur der APF, vor der Versammlung zum Thema "Berufsbildung im französischsprachigen Raum: Beispiel Schweiz". Als Verfasser eines an der 40. Jahrestagung in Ottawa (2014) vorgelegten und verabschiedeten Berichtes über die Besonderheiten des Schweizer Berufsbildungssystems gab er einen Überblick über dieses System, bei dem junge Lernende im Betrieb (in einer sogenannten realen Arbeitssituation) ausgebildet werden und daneben eine Berufsschule besuchen, wo sie in allgemeinbildenden und berufskundlichen Fächern unterrichtet werden. Am Ende ihrer Ausbildung können die Jugendlichen direkt in das Berufsleben einsteigen, was erheblich zu einer Verringerung der Jugendarbeitslosigkeit beiträgt. Sie können aber auch ihre Ausbildung noch weiterführen und einen höheren Abschluss erwerben. In der Schweiz entscheiden sich nach der obligatorischen Schulzeit etwa zwei Drittel der Jugendlichen für eine Berufslehre. Die berufliche Grundbildung im Betrieb ist somit die häufigste Form der Berufsbildung.

Der dritte Referent, Gabriel Migy, *Head of Corporate Strategic Planning* bei der Firma Bobst, ging auf das Thema "Ausbildung junger Lernender in realer Arbeitssituation" ein. Mit seinen Ausführungen konnte er aufzeigen, dass die Ausbildung junger Lernender einem Unternehmen ein ständiges und bedeutendes Engagement abverlangt, aber auch grossen Mehrwert bringt.

Der im Rahmen der CECAC in Bern vorgelegte Berichtsentwurf des Nationalrates und Präsidenten der Schweizer Sektion, Fathi Derder, mit dem Titel "Digitale Frankophonie: französischsprachige Online-Studiengänge weiterentwickeln und den Zugang dazu für alle fördern" diente als Grundlage für die Auseinandersetzung mit dem zweiten Unterthema dieser Generaldebatte: E-Learning. Die Sektionen der APF wurden aufgefordert, die Massnahmen zu besprechen, welche die Parlamentsmitglieder im französischsprachigen Raum treffen können, um französischsprachige Online-Studiengänge weiterzuentwickeln und zu fördern sowie den Zugang der Bürgerinnen und Bürger zum Internet zu verbessern.

Derzeit verbuchen Online-Studiengänge grossen Erfolg. Höchstwahrscheinlich werden sie die internationale Hochschullandschaft, den Fortbildungsbereich, die Beziehungen zwischen Lernenden und Lehrkräften sowie die Lernmethoden neu definieren. Sie ermöglichen ausserdem, unter neuen Voraussetzungen zu lernen, das heisst ohne überfüllte Hörsäle und zeitliche Vorgaben sowie im eigenen Tempo. Zusätzlich bieten sie einen kostenlosen Zugang zu den Studiengängen der



renommiertesten Schulen, ohne die Studierenden zu einem teuren oder gar unerschwinglichen Umzug zu zwingen.

Der Bericht von Nationalrat Fathi Derder beginnt mit der Feststellung, dass der Platz kostenloser französischsprachiger Online-Studiengänge (*Massive Open Online Courses*, MOOCs) neben jenem englischsprachiger MOOCs ein wesentlicher Punkt für die Zukunft der Frankophonie und das Ansehen der französischen Sprache ist. In seinen Augen ist es Sache der frankophonen Staaten und Regierungen wie auch der einzelnen Parlamentsmitglieder, die Online-Übertragung und -Zugänglichkeit von akademischen Kursen auf Französisch zu unterstützen, dies insbesondere heute, da die Wissenschaft und die höhere Bildung vom Englischen beherrscht werden. Zudem ist für viele Studierende in frankophonen Ländern die Versuchung gross, sich für Online-Kurse auf Englisch einzuschreiben. Das gilt insbesondere für die afrikanischen Länder südlich der Sahara mit ihrem starken Bevölkerungswachstum, selbst wenn ihre Bildungssysteme dem Französischen immer noch einen bevorzugten Platz einräumen.

Drei Präsentationen veranschaulichten die Bedeutung französischsprachiger Online-Studiengänge, insbesondere für das frankophone Afrika. Patrick Aebischer, Präsident der Eidgenössischen Technischen Hochschule Lausanne (ETHL) äusserte sich zum Thema «Die Herausforderungen des E-Learnings». Die ETHL erarbeitet seit 2012 MOOCs in französischer und englischer Sprache. Im Juli 2015 bot sie 27 Online-Kurse an, davon 17 auf Französisch. Über 800'000 Personen haben sich dafür angemeldet. Damit belegt die ETHL bezüglich Anzahl Online-Kurse weltweit den dritten Platz unter den Hochschulen. Laut Patrick Aebischer sind 6 Prozent der Angemeldeten afrikanischer Herkunft, und 67 Prozent der in Afrika belegten MOOCs werden auf Französisch erteilt. Dank des gemeinsamen Zertifizierungssystems der ETHL und der Hochschulagentur der Frankophonie (*Agence universitaire de la Francophonie*, AUF) können beispielsweise Studierende in Yaoundé heute dieselbe Qualifikation erwerben wie Studierende in Lausanne.

Um die Funktionsweise und die Möglichkeiten der Online-Studiengänge aufzuzeigen, erhielten die Versammlungsteilnehmenden Einblick in den Online-Kurs "Afrikanische Städte: Einführung in die Stadtplanung" von ETHL-Professor Jérôme Chenal. Allein im Jahr 2014 absolvierten diesen Kurs 21 000 Personen, darunter 47 Prozent Frauen. Im Durchschnitt bedeutet eine Stunde Kurs (Video) für die Lehrperson 50 Stunden Vorbereitung, was den hohen zeitlichen und materiellen Aufwand veranschaulicht, den der Lehrkörper für Online-Studiengänge erbringen muss.

Zum Schluss gab der Vizerektor der AUF, Emile Tanawa, einen Überblick über die Online-Kurse seiner Agentur sowie die Zusammenarbeit mit der ETHL im Zertifizierungsbereich. Die Strategie der AUF bezüglich Online-Kurse ist darauf ausgelegt, die höheren Bildungseinrichtungen des Südens bei der Mitwirkung an dieser internationalen Entwicklung zu unterstützen und dabei Innovationen und Versuchsprojekte zu fördern.

4.3 Wahlen in die Gremien der APF

Die Generalversammlung wählte die Mitglieder ihrer Gremien für die nächsten zwei Jahre. Der Präsident der Nationalversammlung der Demokratischen Republik Kongo, Aubin Minaku Ndjalamdjoko, wurde zum Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung der Frankophonie gewählt. In seiner Antrittsrede verpflichtete er sich, dafür zu sorgen, dass die Sektionen stärker in den neuen Strategierahmen der APF und in die Annäherung an die OIF einbezogen werden. Er sprach auch die Notwendigkeit an, das frankophone Jugendparlament zu stärken.



Der Präsident der Nationalversammlung Quebecs, Jacques Chagnon, wurde zum ersten Vizepräsidenten gewählt, während der parlamentarische Generalsekretär Pascal Terrasse (Frankreich) in seinem Amt bestätigt wurde.

Schliesslich wurde Ständerat Didier Berberat in seinem Amt als Präsident der Kommission für Bildung, Kommunikation und Kultur (CECAC) bestätigt.

4.4 Datum und Ort der nächsten Jahrestagung der APF

Die nächste Jahrestagung der APF findet vom 8. bis 12. Juli 2016 in Madagaskar statt.

5 Regionalversammlung Europa der APF

5.1 Präsidentenkonferenz der Regionalversammlung Europa vom 30. März bis 1. April 2015 in Jerewan (Armenien)

Auf Einladung der Präsidentin der armenischen Sektion, Margarit Yesayan, fand die Präsidentenkonferenz der Region Europa vom 30. März bis 1. April 2015 in der armenischen Hauptstadt Jerewan statt. Etwa zwanzig Delegierte aus zehn Sektionen der Region Europa der APF nahmen daran teil. Die Einladung fiel nahezu mit dem 100. Jahrestag des Völkermords an den Armeniern zusammen, der am 24. April 1915 mit einer Massenverhaftung armenischer Intellektueller in Konstantinopel seinen Anfang nahm.

An der feierlichen Eröffnungssitzung ergriffen Galust Sahakian, Präsident der armenischen Nationalversammlung, Edward Nalbandjan, armenischer Aussenminister, und Jean-Paul Wahl, Sonderbeauftragter für Europa, nacheinander das Wort. Der armenische Aussenminister erinnerte an das Engagement seines Landes für die Genozidprävention sowie an dessen Mitwirkung bei der Konfliktprävention und den Friedensmissionen der Uno, namentlich in Afrika.

Nach den Berichten von Suzanne Gharamian, Direktorin der Alliance Française in Armenien, und Ruzanna Ghaltaghchyan, Vertreterin der Universitätsagentur der Frankophonie in Armenien, zur Rolle der französischen Sprache in ihrem Land, hörten die Parlamentsmitglieder die Wortmeldungen zweier junger Armenierinnen zum Thema "Frankophonie: Dialog der Kulturen".

Anschliessend befasste sich die Konferenz mit der Wahl des Themas für die nächste Regionalversammlung Europa (12. bis 15. Oktober 2015 in Jersey). Der Präsident der Schweizer Delegation, Nationalrat Fathi Derder, sprach sich für das zweite vorgeschlagene Thema aus: die digitale Wirtschaft und die damit verbundenen Herausforderungen für die APF. Aufgrund der Feststellung, dass Europa bezüglich Kapitalisierung nur 2 Prozent des digitalen Marktes hält, wies er darauf hin, wie wichtig es für die französischsprachigen Staaten und Regierungen in Europa ist, eine gemeinsame digitale Agenda zu verabschieden, dies umso mehr, als die Parlamente in diesem Bereich Recht setzen und somit echten Einfluss nehmen können.

Nach einer angeregten Diskussion wurde schliesslich beschlossen, dass infolge des Terroranschlags auf Charlie Hebdo die Meinungs- und Pressefreiheit als Hauptthema der Versammlung festzulegen. Die Sektion Jersey äusserte jedoch den Wunsch, die Frage der digitalen Wirtschaft in der APF ebenfalls aufzugreifen, jedoch in knapperer Form. Trotz ihrer Präferenz für das zweite Thema schloss sich die Schweizer Delegation dieser Entscheidung der Versammlung an. Sie unterstützte aber auch einen belgischen Vorschlag, wonach an der nächsten Regionalversammlung Europa in Jersey ein Vertreter der Internationalen Organisation der Frankophonie (OIF) die zur



Förderung der digitalen Wirtschaft in den Frankophonieländern getroffenen Massnahmen aufzeigen soll.

Nachdem die Parlamentsmitglieder Kenntnis von den im Rahmen des Zusammenarbeitsprogramms der Region Europa erfolgten Tätigkeiten genommen hatten, schlossen sie ihre Debatten mit der Verabschiedung einer Erklärung, welche die Türkei auffordert, den Völkermord an den Armeniern anzuerkennen, und die Hoffnung zum Ausdruck bringt, dass diese Anerkennung den Ausgangspunkt für eine Versöhnung zwischen dem armenischen und dem türkischen Volk bildet. Es sei an dieser Stelle daran erinnert, dass der schweizerische Nationalrat am 16. Dezember 2003 den Völkermord an den Armeniern gegen den Willen des Bundesrates anerkannt hat.

5.2 Regionalversammlung Europa vom 12. bis 16. Oktober 2015 in Saint Helier (Jersey)

Auf Einladung der Sektion Jersey nahm die Schweizer Delegation bei der Parlamentarischen Versammlung der Frankophonie (APF), bestehend aus ihrem Präsidenten, Nationalrat Fathi Derder, sowie Ständerat Raphaël Comte und den Nationalräten André Bugnon, Jean-Pierre Grin und Jacques Neiryck, an der 28. Regionalversammlung Europa in Saint Helier teil.

Die erste Sitzung zur Förderung der Frankophonie auf einer überwiegend englischsprachigen Insel zeigte einmal mehr, dass die französische Sprache bei der jungen Generation an Boden verloren hat und dass diesbezüglich nichts als gegeben betrachtet werden kann. Im Gegensatz zum Vereinigten Königreich hat Jersey den Französischunterricht vom 8. bis zum 14. Lebensjahr für obligatorisch erklärt. Da bessere Sprachkenntnisse der Jugendlichen Voraussetzung für einen leichteren Zugang zum Arbeitsmarkt sind, steht die Frage des Französischunterrichts seit zwei Jahren im Mittelpunkt der politischen Debatte in Jersey. Vor diesem Hintergrund haben die Behörden ein staatlich finanziertes Projekt für eine zweisprachige Grundschule vorangetrieben. Dieses konnte jedoch aus Spargründen noch nicht umgesetzt werden.

Die zweite Sitzung befasste sich mit der Wirtschaftsstrategie für das französischsprachige Europa. Zwei Referenten der OIF wiesen darauf hin, dass die OIF die interkontinentale Organisation mit den meisten "am wenigsten entwickelten Ländern" (*Least Developed Countries*, LDC) ist. So besteht die OIF zu 30 Prozent aus LDC. Eine Wirtschaftsstrategie für die OIF ist daher wichtig, um in diesen Ländern investitionsfreundliche Rahmenbedingungen zu schaffen.

An derselben Sitzung wurde auch die Rolle der digitalen Technologien in Jersey erläutert: Deren wirtschaftlicher Ertrag ist insbesondere deshalb bedeutend, weil die Produktionskosten niedriger sind.

Der Präsident der Schweizer Delegation, Nationalrat Fathi Derder, betonte, dass diese Thematik für die Zukunft der Frankophonie wesentlich ist. Er erinnerte daran, dass 83 Prozent der Marktkapitalisierung im digitalen Bereich in den USA liegen. Man muss sich also fragen, wie vorzugehen ist, damit die Frankophonie in der digitalen Wirtschaft von morgen bestehen kann. Für das Erlernen der französischen Sprache spielen in den Augen von Fathi Derder wirtschaftliche Aspekte eine wichtige Rolle, denn die Jugendlichen lernen Französisch, wenn sie es brauchen. Seiner Ansicht nach muss sich die Frankophonie die Mehrsprachigkeit auf die Fahnen schreiben. Durch eine Öffnung gegenüber anderen Sprachen, einschliesslich des Englischen, könne sich die Frankophonie in der Weltwirtschaft durchsetzen. Die Herausforderung bestehe also nicht darin, Frankophonie in die Wirtschaft zu bringen, sondern aus der Frankophonie einen Wirtschaftsmotor zu



machen. Zum Schluss forderte Fathi Derder die anwesenden Parlamentsmitglieder auf, dafür zu sorgen, dass Wissen und Kapital in die APF kommen.

Auch die belgische Sektion äusserte sich zu dieser Thematik und vertrat die Ansicht, dass die von der OIF verabschiedete Wirtschaftsstrategie für die frankophonen Länder zu sehr als Programm der Zusammenarbeit zwischen Norden und Süden verstanden wird. Osteuropa werde dabei zu wenig berücksichtigt. Für die Schaffung einer Handelszone in den frankophonen Ländern sei es wichtig, dass die Normen vereinheitlicht und zur Mittelbeschaffung Partnerschaften mit Finanzinstituten eingegangen werden, dass Mobilitätshemmnisse für Personen und Unternehmen beseitigt werden und ein regulatorischer Rahmen für den digitalen Bereich abgesteckt wird. Im Anschluss an diese Debatte wurde beschlossen, dass die Wirtschaftsstrategie der APF an der nächsten Tagung der Präsidentinnen und Präsidenten der Region Europa vom 2. bis 4. Mai 2016 in Capbreton (Frankreich) sowie an der Regionalversammlung Europa vom 26. bis 30. September 2016 im Aostatal eingehend behandelt wird.

Infolge des Terroranschlags auf Charlie Hebdo hatten die Präsidentinnen und Präsidenten der europäischen Sektionen der APF an ihrem Jahrestreffen in Jerewan (30. März bis 1. April 2015) beschlossen, die Meinungs- und Pressefreiheit sowie den Schutz von Minderheiten und Religionen zu behandeln. Verschiedene Referenten, darunter François de Smet, Doktor der Philosophie an der Freien Universität Brüssel, erinnerten an die verschiedenen westlichen Philosophien, die unser Denken und unsere Vision von der Meinungsfreiheit geprägt haben – eine Vision, die das Fundament unserer Demokratien bildet. Im Anschluss daran ergriff Nationalrat Jean-Pierre Grin das Wort und stellte die Frage, ob wir bestimmten rechtlichen Bestimmungen, die den Dialog erschweren und keinen Raum mehr für die freie Meinungsbildung lassen, nicht zu viel Bedeutung beimessen. In den Augen von François de Smet seien Gesetze dazu da, die Hassaufrufe einzudämmen, die zu Gewalttaten anstacheln würden. Sie ermöglichten vor allem, die Menschen voreinander zu schützen. Die CECAC hat sich ebenfalls der Meinungs- und Pressefreiheit angenommen, die sowohl kulturelle als auch rechtliche Aspekte beinhaltet. In diesem Zusammenhang wird den verschiedenen Sektionen ein Fragebogen zugestellt, damit man sich ein besseres Bild davon machen kann, was die frankophonen Parlamente zur Gewährleistung der Meinungsäusserungsfreiheit unternehmen.

6 Erwägungen der Delegation

An der 41. Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung der Frankophonie, welche vom 9. bis 10. Juli 2015 zum Thema "Förderung des Zugangs zu einer qualitativ guten Ausbildung für alle: eine vorrangige Herausforderung für die Frankophonie" in Bern stattfand, konnte die Schweizer Delegation anhand praktischer Beispiele ihre strategischen Ziele erläutern. Es sind dies: Verbesserung der Berufsbildung als Massnahme gegen die Jugendarbeitslosigkeit, Ausbau des Fernunterrichts und Förderung der Menschenrechte bei der Bekämpfung von HIV/Aids in den Frankophonieländern. In der Generaldebatte wurden die Sektionen ersucht, genau zu erläutern, welche Massnahmen ihr Staat beziehungsweise ihre Regierung getroffen haben, um die Berufsbildung, das Online-Angebot für höhere Bildung in der Frankophonie und den Zugang der Bürgerinnen und Bürger zum Internet zu fördern und auszubauen.

Für die Schweizer Delegation war es wichtig, zunächst anhand konkreter Beispiele aufzuzeigen, welchen Mehrwert die Berufsbildung insbesondere für Jugendliche darstellt, die im Arbeitsmarkt integriert werden wollen, und inwieweit die Lehrbetriebe davon profitieren können, sei dies in der Schweiz, in Afrika oder anderswo. Gleichzeitig hatten die Parlamentarierinnen und Parlamentarier der APF Gelegenheit, über die bestmögliche Förderung und Weiterentwicklung der Berufsbildung zu diskutieren, eine Standortbestimmung für die Berufsbildung in den Frankophonieländern



vorzunehmen und Massnahmen in Erwägung zu ziehen, die von den Parlamentarierinnen und Parlamentariern zu deren Förderung und zur Entwicklung von entsprechenden Studiengängen getroffen werden können.

Die Präsentationen der Eidgenössischen Technischen Hochschule Lausanne (ETHL) und der Hochschulagentur der Frankophonie (*Agence universitaire de la Francophonie*, AUF) zu den Online-Studiengängen (*Massive Open Online Courses*, MOOCs) führten den Parlamentarierinnen und Parlamentariern vor Augen, wie beliebt diese Studiengänge derzeit – insbesondere bei jungen Afrikanerinnen und Afrikanern – sind, und dass Bildung so auch dort möglich ist, wo die Infrastruktur und die Qualität des Unterrichts manchmal zu wünschen übrig lassen. Die Schweizer Delegation erhofft sich, dass sie mit der Wahl dieses Themas die französischsprachigen Parlamentarierinnen und Parlamentarier dafür sensibilisieren konnte, wie wichtig es ist, Online-Kurse auf Französisch zu entwickeln, damit Jugendliche auf Französisch lernen können und so zum Ansehen der französischen Sprache und der frankophonen Hochschulen beigetragen wird. Die Schweizer Delegation erinnerte die anwesenden Sektionen an die Rolle, die sie bei der Verbreitung und Anerkennung französischsprachiger MOOCs spielen können: Es liegt nämlich in ihren Händen, mittels entsprechender Vorstösse eine parlamentarische Debatte anzuregen und die Regierung auf gesetzgeberischem Wege dazu anzuhalten, günstige Voraussetzungen für die Entwicklung und Förderung französischsprachiger MOOCs zu schaffen. Auch könnten sie angesichts ihrer Budgetkompetenzen einen Teil des für höhere Bildung vorgesehenen Budgets einsetzen für die Entwicklung französischsprachiger MOOCs und die Schaffung eines Fonds zur Förderung der pädagogischen Forschung über akademische Online-Ausbildungen.

Da der Erfahrungs- und Informationsaustausch zu den Themen der Generaldebatte nach dem Willen der Schweizer Delegation den Schwerpunkt der 41. Jahrestagung bilden sollte, lud sie die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza), die Eidgenössische Technische Hochschule Lausanne (ETHL) und die Berner Fachhochschule für Architektur, Holz und Bau ein, an Ständen in der Wandelhalle ihre Bildungs- und Schulungsaktivitäten im frankophonen Afrika vorzustellen. Dabei konnten die Fachpersonen dieser Stellen mit den Parlamentarierinnen und Parlamentariern von über 80 Sektionen nationaler und regionaler Parlamente wertvolle Kontakte knüpfen und ihnen ihr Wissen vermitteln. Die Sektionen erhielten an diesen Ständen einen Einblick in die von der Schweizer Delegation vorgeschlagenen Themen für die Generaldebatte der APF-Jahrestagung 2015.

Die Schweizer Delegation bei der APF räumte 2015 der Förderung der Menschenrechte bei der Bekämpfung von HIV/Aids in den Frankophonieländern absolute Priorität ein. Sie sensibilisierte die Parlamentarierinnen und Parlamentarier mithilfe der Daten von Unaid und der im APF-Parlamentariernetzwerk für die Bekämpfung von HIV/Aids ausgetauschten Informationen für dieses Thema, was an der 41. Jahrestagung in Bern zur Verabschiedung eines Berichtes sowie einer Resolution führte, welche die APF-Mitgliedstaaten und deren Regierungen dazu aufruft, den universellen Zugang zu Einrichtungen zur Prävention und Behandlung von HIV/Aids zu gewährleisten. Die Resolution der APF hält die Parlamente des frankophonen Raums dazu an, die rechtlichen, politischen und gesellschaftlichen Hürden zu beseitigen, die den Zugang gewisser Randgruppen zu den Einrichtungen zur Prävention, Früherkennung und Behandlung von HIV/Aids erschweren. Die Vertreter der Schweizer Delegation im HIV/Aids-Netzwerk der APF wiesen mit Nachdruck darauf hin, dass die Stigmatisierung und Diskriminierung der Risikogruppen für die weltweite Bekämpfung von HIV/Aids weiterhin ein grosses Problem darstellen, die Volksgesundheit dadurch stark gefährdet wird und so auch die durch HIV/Aids verursachten Gesundheits-, Sozial- und Wirtschaftskosten ansteigen. In Zusammenarbeit mit Unaid und dem Globalen Fonds wollen sie 2016 im Netzwerk ihr Engagement für die Einhaltung der Menschenrechte bei der Bekämpfung



von HIV/Aids fortführen, namentlich über den Austausch vorbildlicher Praktiken und die Stärkung der Rolle der frankophonen Parlamentarierinnen und Parlamentarier bei der Bekämpfung von HIV/Aids.

Die Schweizer Delegation bei der APF zieht eine positive Bilanz der 41. Jahrestagung der APF in Bern (9.–10. Juli 2015). Allein an dieser Veranstaltung nahmen mehr als 360 Personen teil; zusammen mit der Vereinigung der Generalsekretäre der frankophonen Parlamente (ASGPF) und dem frankophonen Jugendparlament, die zur gleichen Zeit in Bern tagten, waren es gar deren 650. An der Jahrestagung konnte die Schweiz ihre Interessen wahren und auf mehreren Ebenen ihre Beziehungen festigen. So führte der Vorsteher des EDA, Bundesrat Didier Burkhalter, ein bilaterales Gespräch mit der neuen Generalsekretärin der OIF, Michaëlle Jean. Als Gaststaat konnte die Schweiz erheblich von dieser Veranstaltung profitieren und ihr Beziehungsnetz in den Frankophonieländern ausbauen. Mit der Wahl der Deutschschweizer Stadt Bern als Veranstaltungsort dieser frankophonen Tagung konnte die Schweiz die Botschaft übermitteln, dass sich das ganze Land und nicht nur die Westschweiz der Frankophonie verbunden fühlt.

7 Reisekosten der Delegation

Im Jahr 2015 beliefen sich die Ausgaben der Delegationsmitglieder für Reisen im Rahmen ihres offiziellen Mandats (Flug- und Zugbillette) auf 45 078 Franken.